

PLANSPIELE

Festung Europa?

Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU



2., überarbeitete Auflage

Herausgeber

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg (LpB)
Stafflenbergstraße 38
70184 Stuttgart
Telefon: 0711.164099-0
Telefax: 0711.164099-77
E-Mail: lpb@lpb-bw.de
Internet: www.lpb-bw.de

Konzeption und Entwurf

Stefanie Christ
Dr. Alexander Ruser

Überarbeitung

Robby Geyer
Björn Nepple

Redaktion

Robby Geyer

Gestaltung

Christoph Morlok

Druck

WIRmachenDruck GmbH, Backnang

Titelfoto

© Picture Alliance

Redaktionsschluss

Mai 2015

ISBN 978-3-945414-19-4

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Das Planspiel als Methode der politischen Bildung	4
Thematische Einführung	8
M1: Ablaufplan Planspiel	14
M2: Szenario – Die Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU	15
M3: Rollenkarten	18
M4: Geschäftsordnung des Europäischen Rates	60
M5: Abschlusserklärung	61
M6: Glossar zum Planspiel	62
M7: Lösungsvorschläge	64
Informationsquellen und Literatur	65

Mit „Festung Europa?“ erscheint in der Planspiel-Reihe der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ein Planspiel, welches die Asyl- und Flüchtlingsproblematik thematisiert. Nachdem die erste Auflage nach gut vier Monaten vergriffen war, haben wir uns entschieden, eine zweite überarbeitete und aktualisierte Auflage zu veröffentlichen.

Die Bilder von gestrandeten Flüchtlingsbooten oder gar von Menschen, die bei der Flucht ums Leben gekommen sind, sowie überfüllten Flüchtlingslagern sind in trauriger Regelmäßigkeit in den Nachrichten zu sehen. Gerade in den letzten Jahren stieg durch Kriege und Konflikte, aber auch durch eine unzureichende wirtschaftliche und soziale Entwicklung in einigen Weltregionen die Zahl der Menschen, die in Europa Asyl und Zuflucht suchen, wieder an. In jüngster Zeit kam es deshalb auf Bundes- und Landesebene zu verschiedenen Flüchtlingsgipfeln.

Durch die Schaffung des Schengen-Raums, in dem nationale Grenzkontrollen weitestgehend abgeschafft sind, ist das Thema Migration zu einer gemeinsamen Aufgabe der Europäischen Union (EU) bzw. der teilnehmenden Länder am Schengen-Abkommen geworden. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten befassten sich beispielsweise im Juni 2014 und Ende April 2015 ausführlich mit der Flüchtlingsproblematik und der Sicherung der EU-Außengrenzen. Deshalb wird im Planspiel ein Treffen des Europäischen Rates simuliert. Zugleich bietet das Planspiel dadurch die Möglichkeit, die Arbeitsweise des höchsten EU-Entscheidungsgremiums kennenzulernen.

Obwohl der Fokus des Planspiels auf den politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen liegt, darf die humanitäre Seite der Asyl- und Flüchtlingsproblematik nicht außer Acht gelassen werden. Menschen aus anderen Ländern zu helfen, die vor Krieg, Gewalt oder Unterdrückung in ihrer Heimat geflüchtet sind, ergibt sich u.a. aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder der Genfer Flüchtlingskonvention. Im Grundgesetz ist zudem das Asylrecht für politisch Verfolgte fest verankert. Das Planspiel kann daher ebenfalls dazu genutzt werden, die aktuelle öffentliche Debatte zur Flüchtlingsproblematik aufzugreifen.

Das vorliegende Heft enthält neben einer Einführung in die aktuelle EU-weite Asyl- und Flüchtlingspolitik auch die zentralen Materialien sowie Empfehlungen zur eigenständigen Durchführung des Planspiels „Festung Europa?“. Zudem wird mit einem kurzen Text in die Methode Planspiel eingeführt.

Das Planspiel als Methode der politischen Bildung

Theoretische (Vor)-Überlegungen

Nach Peter Massing soll „politische Bildung Situationen und Anlässe schaffen, die Menschen dazu anregen, mit anderen über Politik zu reden, die in ähnlicher Weise von Politik betroffen sind.“¹ Seit dem Zeitalter der Aufklärung finden sich in verschiedenen pädagogischen Konzepten (z.B. Humanisierung des Lernens, Selbständigkeit des Lernenden, Spaß beim Lernen) Ansätze, die sich gut mit spielerischen Überlegungen verbinden lassen.²

Besonders systemtheoretisch-konstruktivistische Ansätze bieten eine theoretische Begründung für das Planspiel als Methode der Bildungsarbeit. Grundlegend ist dabei die Einsicht, dass „Lehren nicht mit dem Vortragen geheiligter Weisheiten [beginnt], sondern mit dem Schaffen von Gelegenheiten, die den Schülern Anlass zum Denken geben.“³ Gerade die offene Methode eines Planspiels kann den Lernenden einen solchen Raum zum Denken eröffnen.

Systemtheoretisch-konstruktivistischen Sichtweisen zufolge ist das Lernen heutzutage mehr als das Aneignen von neuen Kenntnissen, Fertigkeiten oder Fähigkeiten. Es bedeutet zugleich deren Konstruktion oder deren Einbettung in bestehende Lebenswel-

ten.⁴ Neues Wissen wird nicht einfach vom Individuum aufgenommen. Es wird vielmehr hinsichtlich der eigenen Bedürfnisse beurteilt, abgewandelt oder gar als irrelevant verworfen. Andere Autoren wie Klaus-Peter Hufer sprechen sich gegen eine allzu starke konstruktivistische Sichtweise in der politischen Bildung aus. Sie betonen, dass oftmals soziale und politische Realitäten wie z.B. Arbeitslosigkeit oder Rechtsextremismus sowie politische Kategorien wie z.B. Macht oder Herrschaft im Mittelpunkt von Veranstaltungen stehen. Dabei geht es nicht nur um den Austausch von und über Deutungsmuster, sondern es werden auch bestehende Vorurteile und deren Entstehung problematisiert. Jedoch bleibt festzuhalten, dass auch sozio-ökonomische Realitäten und politische Kategorien einer lebensweltlichen Deutung jedes Einzelnen unterliegen.

Die Bedeutung des Individuums für jegliche Bildungsprozesse, wie sie von systemtheoretisch-konstruktivistischen Ansätzen betont werden, spiegelt sich auch im Konzept der Teilnehmerorientierung wider, welches seit den 1970er Jahren zu den wichtigsten Prinzipien der politischen Bildung gehört. Damit ist eine mikro- und makrodidaktische Handlungsweise gemeint, nach der die Planung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen immer von den Teilnehmenden her gedacht werden sollte.⁵ Dies bedeutet die Einbeziehung der Lerngewohnheiten, Erfahrungen

1 Vgl. Massing, Peter: „Theoretische und normative Grundlagen politischer Bildung“ in: Beer, Wolfgang/Will Cremer/Peter Massing (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 1999, S. 53.

2 Vgl. Scholz, Lothar: „Spielend lernen: Spielformen in der politischen Bildung“ in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2005, S. 550/551.

3 Arnold, Rolf: „Systemtheoretische Grundlagen einer Ermöglichungsdidaktik“ in: Arnold, Rolf/Ingeborg Schüßler (Hrsg.): Ermöglichungsdidaktik: Erwachsenenpädagogische Grundlagen und Erfahrungen, Baltmannsweiler 2003, S. 23.

4 Vgl. Siebert, Horst: „Konstruktivistische Leitlinien einer Ermöglichungsdidaktik“ in: Arnold, Rolf/Ingeborg Schüßler (Hrsg.): Ermöglichungsdidaktik: Erwachsenenpädagogische Grundlagen und Erfahrungen, Baltmannsweiler 2003, S. 38/39.

5 Vgl. Nittel, Dieter: „Teilnehmerorientierung“ in: Hufer, Klaus-Peter (Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung, Bd. 2: Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2003, S. 232.

und Interessen der Teilnehmenden.⁶ Zusätzlich weist der Begriff Teilnehmerorientierung auch auf die Emanzipation der Lernenden, die nun nicht mehr als passive Konsumenten angesehen werden sowie auf eine neue Form der Selbstreflexion von Lehrenden, die bei der Evaluation von Veranstaltungen auch die Teilnehmerperspektive miteinbeziehen.⁷

Weiterhin sind Handlungsorientierung und Selbsttätigkeit zwei miteinander verwandte didaktische Prinzipien, die gerade bei Planspielen eine große Rolle spielen. Während die Handlungsorientierung auch ein politisch aufgeladener Begriff ist, der neben einer aktiven Rolle der Teilnehmenden bei Bildungsveranstaltungen auch eine aktive gesellschaftliche Rolle der Teilnehmenden durch Bildungsveranstaltungen impliziert, konzentriert sich der Begriff Selbsttätigkeit auf die Rolle der Teilnehmenden in Lehr-Lern-Arrangements. „In den Lernsituationen sollen die Teilnehmenden selbsttätig über Lerninhalte und -wege verfügen und ihre Interessen eigenständig organisieren, damit so ihre Lern- und Bildungsfähigkeit herausgefordert wird.“⁸

Planspiele können in dem Zusammenhang als ein Angebot in Form eines Lernarrangements angesehen werden, welches prinzipiell die Möglichkeit bietet, auf die innere Logik des Wissenssystems der Teilnehmenden eingehen zu können. „Im Planspiel werden Lernende als aktive, handelnde, kooperative, selbstbestimmte Subjekte betrachtet.“⁹ Wie stark der biografische Hintergrund der Teilnehmenden auf ein Planspiel ausstrahlt, zeigt sich daran, dass ein Planspiel trotz gleichem Szenario und ähnlichem Ablauf zu einem ganz unterschiedlichen Ergebnis führen kann.

6 Vgl. Siebert, Horst: Methoden für die Bildungsarbeit, Bielefeld² 2006, S. 105.

7 Vgl. Nittel, a.a.O., S. 232.

8 Behrens-Cobet, Heidi/Dagmar Richter: „Didaktische Prinzipien“ in: Beer, Wolfgang/Will Cremer/Peter Massing (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 1999, S. 180.

9 Rebmann, Karin: Planspiel und Planspieleinsatz: Theoretische und empirische Explorationen zu einer konstruktivistischen Planspieldidaktik, Hamburg 2001, S. 25.

Auch die einzelnen Rollen können von verschiedenen Spielenden ganz anders ausgefüllt werden, was ebenfalls ein Indiz dafür ist, wie stark sich biografische Erfahrungen und kognitive Fähigkeiten des Einzelnen auf das Planspiel auswirken können.

Gleichzeitig verändert der Einsatz von Planspielen auch die Rolle der Lehrenden, da ihnen zusätzliche fachliche, didaktische, aber auch soziale und organisatorische Fähigkeiten abverlangt werden. „Lehrende im Planspielunterricht sind zugleich Einführer und Vorbereiter der Lernenden auf das Planspiel und die Gruppenarbeit, Anleiter, Impulsgeber, Berater, Beobachter, Betreuer, Coach, Moderator, Konfliktlöser, Diskussionsleiter in der Plenarsitzung, Auswerter, Beurteiler, Planspielkonstrukteur, Verwerter des Planspiels im weiteren Unterricht.“¹⁰

Planspiele als Methode in der politischen Bildung

Heutzutage haben Planspiele sowohl in der beruflichen als auch in der politischen Bildung einen festen Platz im Methodenkanon. Dies ist einerseits der stärkeren Betonung der Handlungsorientierung als didaktischem Prinzip geschuldet und hängt andererseits damit zusammen, dass man mit solchen neuen Methoden angemessen auf neue Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes reagieren wollte.¹¹

Planspiele können als ein komplexes Rollenspiel beschrieben werden, bei dem Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse simuliert werden. Auch der Begriff Simulationsspiel ist daher gebräuchlich.¹² Das Ziel von Planspielen ist es, den Teilnehmenden anhand einer bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Problemstellung politische

10 Ebd., S. 25.

11 Ebd., S. 16/17.

12 Vgl. Detjen, Joachim: Politische Bildung: Geschichte und Gegenwart in Deutschland, München/Wien 2007, S. 373.

Prozesse näher zu bringen, indem sie diese selbst nachspielen.¹³ „Zweck von Simulationsspielen ist es, Verhalten, Handeln, Motive, Entscheidungsspielräume, aber auch Zwänge von Personen in Problemkonstellationen oder Entscheidungssituationen erfahrbar, erlebbar und damit sichtbar sowie reflektierbar zu machen.“¹⁴ Den Teilnehmenden werden konkrete Rollen zugewiesen, die ihnen einen Korridor für ihr Handeln während des Planspiels vorgeben. In der Regel werden im Planspiel mindestens einer, manchmal auch mehrere Interessenskonflikte eingebaut, die es aufzulösen gilt. Dabei sind Planspiele ergebnisoffen, was dazu führen kann, dass dasselbe Planspiel mit unterschiedlichen Teilnehmenden einerseits ganz unterschiedlich verlaufen und andererseits mit verschiedenen Ergebnissen enden kann. Entgegen der von Peter Massing geäußerten Behauptung, dass es bei einem Planspiel immer zu einer Entscheidung kommen muss,¹⁵ kann auch das Nicht-Auflösen von Interessensgegensätzen, das Sich-Nicht-Einigen und das Scheitern ein mögliches Ergebnis sein. Unabhängig vom gesellschaftlichen und politischen Thema des Planspiels beinhaltet dieses immer auch die Problematisierung der Schlüsselqualifikation Konfliktmanagement.¹⁶ Ein Planspiel ist demnach „eine Handlungsform, in der Lernende weitgehend selbstbestimmt, risikofrei und ohne äußeren Zwang mit einem Lerngegenstand umgehen. Sie schafft Lerngelegenheiten für Entfaltung und Engagement, Spaß und Spannung sowie für soziale Kommunikation und Interaktion.“¹⁷

Das Planspiel setzt sich aus den beiden Komponenten Plan und Spiel zusammen. Der

Begriff Plan verweist auf eine vorgegebene Struktur, die als Rahmen dient. Zudem soll sie das zielgerichtete Handeln der Teilnehmenden fördern. Weiterhin wird in einem Planspiel die Realität modellhaft und vereinfachend konstruiert, um ein risikofreies Experimentieren in überschaubaren Strukturen und Zusammenhängen zu ermöglichen, wenngleich hier immer die Gefahr besteht, die Realität zu stark zu simplifizieren.

Der Terminus Spiel verweist auf ein Lehr-Lern-Arrangement, das sich vom herkömmlichen Lernen, mit dem man Anstrengung, Ernsthaftigkeit und Zwang verbindet, durch ein Spannungselement, die Übernahme und selbsttätige Ausgestaltung von Rollen sowie Abwechslungsreichtum und Unterhaltung unterscheidet.¹⁸

Alle Planspiele weisen einen ähnlichen Ablauf auf, der in unterschiedliche Phasen eingeteilt werden kann. Generell wird die Vorbereitungs- und Einführungsphase, die Spiel- und Durchführungsphase und die Auswertungs- und Reflexionsphase unterschieden.¹⁹ Karin Rebmann führt zudem noch eine Konstruktions- und Designphase auf, die der Vorbereitungs- und Einführungsphase vorangestellt ist. Hier geht es darum, ob auf ein bereits bestehendes Planspiel zurückgegriffen oder ein neues konstruiert wird.²⁰

Am Anfang steht immer eine Einführung in das Planspiel sowie dessen Thematik. Daran schließt sich eine Informationsphase an. Während dieser Phase sollen sich die Teilnehmenden mit ihren jeweiligen Rollen vertraut machen und erste Strategien entwickeln, wie sie ihre Position angemessen ausfüllen können. Danach kommen sie zunächst im Plenum zusammen, um die unterschiedlichen Positionen auszutauschen. Erfahrungsgemäß kommt es aufgrund der Meinungsvielfalt noch nicht zu einer Einigung, weshalb es wieder zu einer

13 Vgl. Massing, Peter: „Planspiel“ in: Kuhn, Hans-Werner/Peter Massing (Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung, Bd. 3: Methoden und Arbeitstechniken, Schwalbach/Ts.³ 2002, S. 128.

14 Detjen, a.a.O., S. 374.

15 Massing, Peter: „Planspiele und Entscheidungsspiele“ in: Frech, Siegfried/Hans-Werner Kuhn/Peter Massing (Hrsg.): Methodentraining für den Politikunterricht I, Schwalbach/Ts.³ 2006, S. 165.

16 Vgl. Siebert, Horst: Methoden für die Bildungsarbeit, Bielefeld² 2006, S. 19.

17 Scholz, a.a.O., S. 551/552.

18 Vgl. Rebmann, a.a.O., S. 11-16.

19 Vgl. Massing 2006, S. 169-173.

20 Vgl. Rebmann, a.a.O., S. 19.

Gruppenarbeitsphase kommt. In dieser werden einerseits die Position und die Strategie der einzelnen Gruppen weiter konkretisiert. Andererseits kann es bereits zu Verhandlungen zwischen verschiedenen Akteuren kommen. Anschließend wird wieder im Plenum verhandelt. Je nachdem, wie kompromissbereit sich die Akteure verhalten, kann es schnell zu einer Einigung kommen. Falls dies nicht der Fall ist, sind auch mehrere Verhandlungsunterbrechungen und Nebenverhandlungen möglich. Abschließend wird nochmals im Plenum verhandelt, um eine Entscheidung herbeizuführen. Diese kann auch darin bestehen, festzustellen, dass man sich nicht einigen konnte. Nach Beendigung des eigentlichen Planspiels setzt die Auswertungs- und Reflexionsphase ein. Hierbei werden neben dem Planspielverlauf und -ergebnis auch das Verhalten der Teilnehmenden thematisiert. Zudem ist es wichtig, diese Punkte nicht nur aus der Sicht der Planspielleitung zu diskutieren, sondern auch die Sichtweisen und Erfahrungen der Teilnehmenden zu berücksichtigen.²¹

Das Planspiel ist prozess- und nicht ergebnisorientiert, da das Augenmerk auf den Verlauf und nicht auf dem Ergebnis des Planspiels liegt. Deshalb darf die „programmierte Steuerung des Spielverlaufs (...) folglich nicht so weit gehen, dass sich die Selbsttätigkeit der Lernenden in Pseudohandlungen erschöpft“²². Planspiele können in diesem Zusammenhang auch als zirkuläre Prozesse angesehen werden, die zu einer Reflexion der Beobachtungen, der Erkenntnisse und letztlich des Lernprozesses insgesamt beitragen. Der Planspielleiter kommt hier „in die Rolle eines Beobachters, der Lernergebnisse und Lernprozesse von Lernenden nicht mehr nur danach beurteilt, ob sie »richtig« oder »falsch«, sondern den Lernenden angemessen sind. Dies sind sie dann, wenn sie an den bisherigen

Lerngeschichten von Lernenden anschließen und weiteres Lernen ermöglichen.“²³

Problematisch wird es, wenn es bei der Modellierung der Wirklichkeit zu starken Vereinfachungen kommt. Zudem besteht die Gefahr, dass Lernende das Modell als ausschließliche Realität auffassen.²⁴ Hier stößt das Planspiel sicherlich an eine Grenze. Daher sollte ein Planspiel nicht um jeden Preis durchgeführt werden. Den Lehrenden kommt dabei die Aufgabe zu, einzuschätzen, ob das Planspiel für die Lernenden und den ‚Lernstoff‘ die geeignete Methode darstellt.

21 Vgl. Massing 2002, S. 128/129.

22 Detjen, a.a.O., S. 373.

23 Rebmann, a.a.O., S. 58.

24 Vgl. ebd., S. 28-32.

Thematische Einführung

Das Planspiel „Festung Europa?“ thematisiert die nicht unumstrittene Flüchtlings- und Asylpolitik der Europäischen Union (EU) und deren Mitgliedsstaaten. Der Ausdruck „Festung Europa“ ist mittlerweile zu einem gängigen Begriff in der öffentlichen Debatte geworden und wird meist in kritischer Absicht gebraucht. Er steht für die Kritik an einer restriktiven Abwehr- bzw. Abschottungspolitik der EU gegenüber Flüchtlingen,²⁵ die damit ihre eigenen Werte konterkarieren. Sichtbares Symbol und zentrales Instrument der „Festung Europa“ ist für viele Kritiker die 2004 gegründete Grenzschutzagentur Frontex.

Während diese europäische Agentur den einen der Inbegriff für die Abschottung Europas ist, sehen die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten darin einen Ausdruck der Solidarität zwischen den EU-Ländern, weil dadurch diejenigen Staaten unterstützt würden, deren Außengrenzen unter starkem Zuwanderungsdruck geraten sind.²⁶ Für 2015 beträgt das Budget von Frontex etwa 114 Mio. EUR.

Mit dem Sturz der diktatorischen Regime in Nordafrika 2011 sowie der andauernden politischen Instabilität in Nordafrika und dem Nahen Osten stieg die Zahl der Flüchtlinge in die Europäische Union an, gleichzeitig rückte die europäische Flüchtlingspolitik immer stärker in den Mittelpunkt einer politisch und moralisch aufgeladenen öffentlichen Diskussion.

Während auf der einen Seite argumentiert wird, dass die EU sich gegen Flüchtlinge abschirme, wird auf der anderen Seite darauf verwiesen, dass eine komplette Öffnung der

Grenzen nicht sinnvoll und die Kontrolle der Migration legitim sei.

Weltweit gab es im Jahr 2013 51,2 Mio. Flüchtlinge. Davon waren 16,7 Mio. internationale Flüchtlinge und 33,3 Mio. Menschen waren interne bzw. Binnenflüchtlinge. Bereits im ersten Halbjahr 2014 wurden etwa 5,5 Mio. neue Flüchtlinge und Vertriebene registriert. Die Zahl der Asylsuchenden stieg bis Mitte 2014 auf rund 1,3 Mio. (2013: 1,2 Mio.). 86 Prozent der Flüchtlinge weltweit wurden von Entwicklungsländern aufgenommen.²⁷ Bis heute sind es die Katastrophen wie jene vom Oktober 2013 und April 2015, die den Blick der Öffentlichkeit immer wieder auf die Flüchtlingspolitik der EU lenken. Alleine bei diesen beiden Schiffsunfällen im Mittelmeer ertranken vermutlich mehr als 1.000 Menschen. Flüchtlingsorganisationen schätzen, dass seit Beginn der 2000er Jahre über 23.000 Menschen an den Außengrenzen der EU ums Leben gekommen sind.²⁸

Gerade angesichts der aktuellen Ereignisse zeigten sich Politiker und die Öffentlichkeit europaweit bestürzt und die Diskussion darüber, wie die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik solche Dramen in Zukunft verhindern kann, verstärkte sich. Die EU-Kommission reagierte im Oktober 2013 beispielsweise mit Vorschlägen zur Verbesserung der Seenotrettung, zur stärkeren Bekämpfung der Schleuserkriminalität sowie zur Schaffung von mehr legalen Einwanderungsmöglichkeiten.²⁹ Im Mai 2014 einigten sich das Europäische

²⁵ Vgl. www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16786/festung-europa.

²⁶ Vgl. Auszug aus den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tagung vom 26.-27. Juni 2014), veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 24.07.2014, C 240/14.

²⁷ Vgl. UNHCR Global Trends 2013 und UNHCR Mid-Year Trends 2014.

²⁸ Vgl. www.proasyl.de/de/news/detail/news/neue_schaetzung_mindestens_23000_tote_fluechtlinge_seit_dem_jahr_2000/

²⁹ Vgl. Newsletter Migration und Bevölkerung, Ausgabe 8/Okttober 2013.

Parlament und der Ministerrat auf die „Seeaußengrenzenverordnung“, die den Umgang mit Schiffsflüchtlingen regeln soll. Zwar wird darin festgelegt, dass jedem Schiff und jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten ist sowie die Grundrechte und das Prinzip der Nichtzurückweisung einzuhalten sind. Gleichzeitig wird jedoch damit auch die Möglichkeit eingeräumt, Schiffe abzufangen und zur Kursänderung zu bewegen sowie aufgegriffene Personen in so genannte sichere Drittstaaten zurückzuführen.³⁰

Italien begann im Herbst 2013 mit der Marineoperation „Mare Nostrum“. Dadurch konnten geschätzt etwa 150.000 Flüchtlinge gerettet werden. Die Operation endete im Oktober 2014 und wurde durch die Frontex-Mission „Triton“ abgelöst. Diese Mission dient jedoch in erster Linie dem verstärktem Schutz der EU-Außengrenzen und nicht der Seenotrettung.

Angesichts der humanitären Katastrophe fand am 23. April 2015 ein EU-Sondergipfel statt, bei dem u.a. beschlossen wurde, die finanziellen Mittel für „Triton“ aufzustocken und die Zahl der Einsatzkräfte zu erhöhen, um bessere Rettungsmöglichkeiten zu schaffen. Gleichzeitig soll der Kampf gegen Schlepperbanden und die Bekämpfung der Fluchtursachen intensiviert werden.³¹

In ersten Stellungnahmen halten Experten den beschlossenen 10-Punkte-Plan für unzureichend. Er enthielt hauptsächlich nur altbekannte Forderungen und bliebe in vielen Ausführungen zu vage.³²

Einigkeit scheint in Europa darüber zu herrschen, dass die vielfältigen Fluchtursachen bekämpft werden müssen, etwa durch entwicklungspolitische Maßnahmen, die dazu beitragen können, die Lebensbedingungen

in den Herkunftsländern zu verbessern. Eine solche Strategie kann jedoch nur mittel- und langfristig wirken und den Migrationsdruck auf die Staaten der Europäischen Union verringern. Außerdem greifen sie nicht bei Fluchtbewegungen, die von militärischen Konflikten wie etwa in Syrien ausgelöst werden.

Welche Lösungsansätze bietet eine Reform der Flüchtlings- und Asylpolitik der EU selbst? Traditionell wurden diese beiden Politikfelder von den einzelnen Mitgliedstaaten und nicht von der EU-Ebene aus geregelt, da sie zum Kernbereich staatlicher Souveränität gehören. Mit dem Wegfall der Binnengrenzen im Schengen-Raum seit den 1990er Jahren wurde deutlich, dass die Migration nicht mehr von den einzelnen Staaten allein kontrolliert werden konnte. Es begann – gewissermaßen als Kehrseite der Freizügigkeit im Innern – die Zusammenarbeit bei der Sicherung der Außengrenzen, der Visapolitik und bei der Kontrolle der „irregulären“ Migration. In den Verträgen von Amsterdam (in Kraft seit 1999), Nizza (in Kraft seit 2003) und Lissabon (in Kraft seit 2009) wurde die Kooperation in wichtigen Fragen der Einwanderungspolitik festgehalten.

Als wichtiger Teil der allgemeinen Migrationspolitik sollte schrittweise auch die Flüchtlings- und Asylpolitik gemeinsam geregelt werden. Bereits 1999 hatten die Staats- und Regierungschefs der EU sich auf dem Sondergipfel von Tampere prinzipiell darauf geeinigt, ein gemeinsames Asylsystem aufzubauen. Festgelegt wurden Regelungen über die Zuständigkeit und Standards für Asylverfahren sowie über die Aufnahme von Asylsuchenden. Zentral für das europäische Asylsystem ist die Zuständigkeitsregelung, die so genannte Dublin-Verordnung. Sie besagt, dass Asylanträge in dem Mitgliedstaat gestellt und bearbeitet werden müssen, in dem der Asylbewerber erstmals in die EU gelangt.

Es gelang allerdings seither nicht, die Asylstandards in der EU zu harmonisieren und die

30 Vgl. Verordnung (EU) Nr. 656/2014 (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 27.6.2014).

31 Vgl. www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/04/23-special-euco-statement/

32 Vgl. www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/eu-krisengipfel-die-kraftlose-reaktion-der-eu-auf-die-mittelmeertragoedie.html

von vielen Beobachtern so genannte „Schutz- bzw. Asylotterie“ zu beenden. Entscheidend für die Anerkennung der Asylsuchenden ist weiterhin, wo der Asylantrag gestellt wird. Auch die Lebensbedingungen der Asylsuchenden in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterscheiden sich immer noch gravierend.

Im Juni 2013 wurde nach fast 15 Jahren komplizierter und schwieriger Verhandlungen das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) beschlossen, das Mitte 2015 in Kraft treten soll. Während im Hinblick auf Harmonisierung und Anhebung der Schutzstandards für Asylsuchende Verbesserungen erreicht wurden, blieb die umstrittene Dublin-Verordnung im Grundsatz unverändert.³³

Gerade in diesem Punkt liegen die Interessen der Mitgliedstaaten an den südlichen Außengrenzen der EU und die vieler anderer Mitgliedsländer offenbar nach wie vor weit auseinander. Während die Mittelmeeranrainer mehr Solidarität in der Flüchtlingspolitik und eine Reform des „Dublin-Systems“ einfordern, möchten andere Mitgliedstaaten an der Zuständigkeitsregel festhalten. Immerhin gibt es seit 2014 einen Fonds, aus dem Maßnahmen zum Schutz der EU-Außengrenzen gemeinschaftlich finanziert werden.

Zugleich werden von Nichtregierungsorganisationen und in der Wissenschaft verschiedene Lösungsansätze für die europäische Flüchtlingspolitik diskutiert. Dabei wird – ähnlich wie von manchen Mitgliedstaaten – vorgeschlagen, das „Dublin-System“ zu ändern und die Aufnahme und die Verteilung von Flüchtlingen in der EU mit einem Quotensystem bzw. einem Verteilungsschlüssel, also irgendeiner Form des „Lastenausgleichs“ zu regeln.³⁴

33 Vgl. Bendel, P., Das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem und die Verantwortung des Europäischen Parlaments, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO direkt, April 2014.

34 Vgl. Angenendt, S./ Engler, M./ Schneider, J., Europäische Flüchtlingspolitik. Wege zu einer fairen Lastenteilung, SWP-Aktuell 65, November 2013.

Vor diesem Hintergrund einer offenen politischen und gesellschaftlichen Debatte simuliert das Planspiel einen Sondergipfel des Europäischen Rates über die Flüchtlingspolitik der EU. Im Mittelpunkt des Planspiels steht dabei die Diskussion darüber, wie die Flüchtlings- und Asylpolitik der EU in Zukunft gestaltet werden sollte. Im Juni 2014 kamen die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat dabei zu folgender Schlussfolgerung: „Es bedarf eines umfassenden Ansatzes, der es ermöglicht, die Vorteile der legalen Zuwanderung optimal zu nutzen, schutzbedürftigen Personen Schutz zu gewähren und gleichzeitig energisch gegen irreguläre Migration vorzugehen und ein effizientes Management der EU-Außengrenzen zu gewährleisten.“³⁵ In diesem Spannungsfeld werden sich auch die Diskussionen im Planspiel bewegen.

Didaktische und methodische Hinweise

Zielsetzung

Das Ziel des Planspiels ist es einerseits, die Teilnehmenden mit der Thematik der Asyl- und Flüchtlingsfrage vertraut zu machen sowie verschiedene inhaltliche Standpunkte kennenzulernen. Die Teilnehmenden erfahren, welche unterschiedlichen Standpunkte die verschiedenen EU-Länder auf diesem Politikfeld einnehmen und welche Argumente die jeweiligen Staaten anführen.

Andererseits erhalten sie Einblick in die Arbeitsweise des Europäischen Rates und können nachvollziehen, wie Diskussionen und Debatten ablaufen. Sie erkennen, dass sich die Konsensfindung schwierig gestalten kann, wenn einzelne Länder hartnäckig ihre Position vertreten.

Der reale Ablauf eines Gipfeltreffens kann bei einem Planspiel leider nicht vollständig

35 Auszug aus den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tagung vom 26.-27. Juni 2014), veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 24.07.2014, C 240/13.

nachvollzogen werden, da ein Gipfeltreffen von zahlreichen Pressekonferenzen, Arbeitssessen und informellen Gesprächen geprägt sein kann.

Vorbereitung und Einführung

Zur inhaltlichen Vorbereitung kann der Hintergrundtext genutzt werden. Außerdem gibt es ein Informations- und Literaturverzeichnis, in dem auf weitere Informationsquellen verwiesen wird. Für die Einführung der Planspiel-Teilnehmenden in die Thematik des Planspiels steht eine online zugängliche Präsentation zur Verfügung. Unter www.lpb-heidelberg.de/planspiel_festung_europa.html sind zudem weitere Zusatzmaterialien abrufbar. Vor der thematischen Einführung kann ggf. auch ein Brain-Storming durchgeführt werden, bei dem sich die Teilnehmenden im Gespräch über ihr Vorwissen austauschen können.

Da ein Planspiel immer auch von der Atmosphäre lebt, empfiehlt es sich für das Planspiel einen entsprechend großen Raum zu organisieren. Zusätzlich sollten im Idealfall zwei Räume für die Gruppenarbeit und für informelle Gespräche zur Verfügung stehen. Denkbar ist auch, das Planspiel an einem Ort durchzuführen, an dem regelmäßig Sitzungen stattfinden. Dies wäre beispielsweise der Sitzungssaal eines Gemeinde- oder Stadtrates. Außerdem können Namens- und Tischschilder vorbereitet werden. Die entsprechenden Vorlagen sind ebenfalls online verfügbar.

Alle anderen Materialien, die im Vorfeld kopiert werden müssen, sind in diesem Heft enthalten. Es ist wichtig darauf zu achten, dass die Kopien für alle Teilnehmenden bzw. Gruppen zur Verfügung stehen. Die Rollenprofile sollten innerhalb einer Gruppe für alle Teilnehmenden kopiert werden.

Das Planspiel kann maximal mit 40 Personen gespielt werden. Die 17 Länderrollen und die Rollen für die Europäische Kommission sind dabei so angelegt, dass immer zwei Teilnehmende ein Land bzw. die Kommission vertreten. Es handelt sich dabei um das

Staatsoberhaupt bzw. den Regierungschef sowie den Fachminister für die Asyl- und Flüchtlingspolitik bzw. bei der Kommission den Kommissionspräsidenten und den zuständigen Fachkommissar.

Die Rolle des Präsidenten des Europäischen Rates sowie die Rollen für Journalisten und Berichterstatter können jeweils von einer Person übernommen werden. Falls vorhanden, kann die Journalistenrolle auch optional mit einer Kamera ausgestattet werden und Fotos machen, die dann nach der Abschlusssitzung gezeigt werden können. Eine solche Variante empfiehlt sich aber nur, wenn auch ausreichend Zeit zur Verfügung steht.

Bei kleineren Gruppen muss im Vorfeld überlegt werden, welche Rollen weggelassen werden können. Eine Möglichkeit ist, auf die Journalisten- und Berichterstatter-Rollen zu verzichten. Dann ist allerdings die Sichtweise der Flüchtlinge kaum noch im Planspiel vertreten. Es können jedoch auch einzelne Länderrollen herausgenommen werden, ohne dass die Qualität des Planspiels darunter leidet. Minimal sollten es 15 Teilnehmende sein.

Einarbeitung

Zu Beginn des Planspiels sollte das Szenario (Material M2) gemeinsam gelesen und ausführlich besprochen werden, damit alle eine gemeinsame Ausgangsbasis haben. Um allen Teilnehmenden verständlich zu machen, wie das Planspiel abläuft und in welche Arbeitsphasen es sich unterteilt, kann der Ablaufplan (Material M1) ausgeteilt oder an verschiedenen Arbeitsplätzen ausgehängt werden. Mit Hilfe des Ablaufplans können sich die Teilnehmenden jederzeit einen Überblick verschaffen, in welcher Phase des Planspiels man sich aktuell befindet.

Danach können die jeweiligen Rollen zugeteilt oder zugelost werden. Nicht alle Teilnehmenden werden mit ihrer Rolle zufrieden sein. Die Möglichkeit, dass Rollen getauscht werden, kostet jedoch nur Zeit und wird am Ende wohl nie alle restlos zufrieden stellen.

Anschließend werden die jeweiligen Rollenprofile (Material M3) ausgeteilt und die Teilnehmenden finden sich in ihren jeweiligen Arbeitsgruppen zusammen. Die einzelnen Rollenprofile enthalten Arbeitsaufträge (Statement erarbeiten), an denen sich die Teilnehmenden zunächst orientieren sollen. Sie geben den Teilnehmenden zudem eine Orientierung, welche Position sie im Planspiel vertreten sollen. Wichtig ist, dass die Teilnehmenden nicht ihre eigene Meinung vertreten, sondern die Position der jeweiligen Rolle, die sie übernommen haben.

Um sicherzustellen, dass den Teilnehmenden die zentralen Begriffe und Konzepte präsent sind, kann jeder Gruppe ein Glossar (Material M6) ausgeteilt werden.

Eröffnung, erste Rederunde und Berichte

Der Rolle des Präsidenten des Europäischen Rates kommt eine besondere Aufgabe zu. Wer diese Rolle übernimmt, leitet die Sitzungen und Diskussionen im Plenum. Zudem wird durch diese Rolle das Gipfeltreffen mit einer kleinen Rede eröffnet. Mit der Geschäftsordnung (Material M4) werden Regeln für die Sitzung und die Diskussion eingeführt, an die sich alle halten müssen. Die Geschäftsordnung kann vom Ratspräsidenten eingebracht und vorgestellt werden. Es ist sinnvoll, wenn jeder Gruppe ein Exemplar der Geschäftsordnung ausgeteilt wird.

Wie im Ablaufplan (Material M1) skizziert, geht es bei der ersten Plenumsrunde darum, dass alle Gruppen ihre jeweilige Position mit einer kleinen Rede vorstellen. Bei dieser ersten Runde soll noch keine Aussprache und Diskussion stattfinden. Anschließend fassen die Pressevertreter und Berichterstatter die Positionen in einem kurzen Bericht oder einem Kommentar zusammen. Dieser wird im Plenum vorgetragen. Durch diese Runde erhalten alle einen Überblick, welche Positionen im Europäischen Rat vertreten sind und welche Rollen eventuell eine ähnliche Meinung zur Sache haben.

Offene Debatte und Verhandlungen

Im Planspiel wird versucht, zu einer gemeinsamen Lösung bzw. Position zu gelangen. In einer offenen Diskussion, die je nach Bedarf durch Verhandlungen unterbrochen werden kann, sollten alle Teilnehmenden daran mitwirken, zu einem Kompromiss zu kommen. Das verlangt von allen Beteiligten, dass sie sich im Rahmen ihrer vorgegebenen Position auf andere zubewegen müssen. Einige Staaten werden sich eventuell schwer tun, einem Kompromiss zuzustimmen. Hier ist insbesondere der Ratspräsident gefragt, der vermittelnd eingreifen oder betonen kann, wie wichtig ein Konsens zwischen den Staaten für die Außenwahrnehmung der Europäischen Union ist. Die Pressegruppe kann in dieser Phase durch Schlagzeilen, die an Tafel oder Flipchart für alle sichtbar gemacht werden, versuchen, den Planspielverlauf zu beeinflussen.

Die Planspielleitung sollte in der Regel eine zurückhaltende Haltung einnehmen und wohl dosiert in den Planspielverlauf eingreifen. Falls es jedoch bei den offenen Debatten und den Verhandlungen nicht oder nur schleppend vorangeht, die Teilnehmenden nicht wissen, was zu tun ist, oder an einem Punkt angelangt sind, an dem sie vermeintlich nicht mehr weiter wissen, ist dies der Zeitpunkt für die Planspielleitung einzugreifen, um wieder Schwung in die Debatte zu bringen. Dies kann auch dadurch geschehen, dass einzelnen Gruppen gezielt Hinweise gegeben oder Hilfestellung geleistet wird. Der Planspielfluss wird dadurch, anders als durch eine Intervention vor dem Plenum, nur unmerklich gestört.

Als Hilfestellung können auch die einzelnen Verhandlungspunkte bzw. Lösungsvorschläge von der Planspielleitung an Tafel oder Flipchart visualisiert werden. Dies empfiehlt sich beispielsweise, um die weitere Diskussion zu strukturieren.

Außerdem kann im Verlauf der offenen Debatte auch das Material M7 (Lösungsvorschläge) ausgeteilt werden. Dadurch erhalten die

Teilnehmenden konkrete Anregungen, welche Maßnahmen beschlossen werden könnten.

Abschlussrunde und Abstimmung

Zeichnet sich ein Kompromiss ab, dem alle zustimmen können, oder zeichnet sich ab, dass man zu keiner Einigung kommt, geht es in die Abschlussrunde. Alle Gruppen legen in kurzen Reden ihre jeweilige Position dar. Eine Diskussion sollte an dieser Stelle nicht mehr stattfinden. Falls es keine Einigung gibt, werden sicherlich einige Gruppen auf diejenigen hinweisen, an denen ein Kompromiss gescheitert ist. Übermäßige Schuldzuweisungen sollten jedoch vermieden werden. Theoretisch könnte in diesem Fall beschlossen werden, sich zu einem weiteren Gipfeltreffen zu verabreden. Die Abstimmung erfolgt im Europäischen Rat in der Regel so, dass der Ratspräsident ggf. einen Kompromiss vorstellt und dann fragt, ob es Einwände dagegen gibt (Konsensentscheidung). Die Abstimmung sollte in jedem Fall durchgeführt werden, um damit das Ende des Planspiels zu dokumentieren. Ein mögliches Gipfelergebnis kann im Abschlussdokument (Material M5) schriftlich festgehalten werden. Für die schriftliche Fixierung ist der Ratspräsident zuständig.

Vor dem eigentlichen Ende des Planspiels bewerten die Pressevertreter und Berichterstatter das Treffen des Europäischen Rates aus ihrer jeweiligen Position heraus. Falls Fotos gemacht wurden, können diese nun gezeigt werden.

Auswertung

Nach Abschluss der Spielphase ist es wichtig, den Schülern die Gelegenheit zu geben, den Spielverlauf und das Ergebnis zu reflektieren und zu bewerten. Zunächst können aber symbolisch die jeweiligen Rollen abgelegt und eine Pause gemacht werden. Dadurch wird deutlich, dass das Planspiel nun beendet ist und die Teilnehmenden keine Rollen mehr spielen. Außerdem gibt es einen kurzen zeitlichen Abstand zur Auswertung.

Es sollte besprochen werden, warum es zu einer bzw. keiner Einigung gekommen ist und wie die Teilnehmenden das Planspiel selbst erlebt haben. Außerdem kann die Spielleitung in der Auswertung darauf hinweisen, dass das Ergebnis eines Planspiels prinzipiell offen ist. Ein mögliches Scheitern der Verhandlungen ist keineswegs auch ein Scheitern des Planspiels, sondern oftmals ein realistisches Ergebnis. Zudem empfiehlt es sich, nach Ende des Planspiels eine Diskussionsrunde mit den Schülern zu veranstalten, in der ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihr Land bzw. die Haltung ihrer Rolle zu thematisieren und gegebenenfalls eigene, nicht mit der jeweiligen Rolle übereinstimmende, Meinungen darzustellen.

Außerdem sollte bei der Auswertung auch auf die Sichtweise und die Probleme der Flüchtlinge eingegangen werden. Dies kann beispielsweise in einer offenen Diskussion stattfinden. Es sollten die Probleme der Flüchtlinge herausgestellt sowie auf Lösungsmöglichkeiten eingegangen werden. Wichtig ist es auch, das Ergebnis des Planspiels mit der Realität zu vergleichen. Hierfür kann der am 23. April 2015 durch die Staats- und Regierungschefs beschlossene „10-Punkte-Plan“ genutzt werden.

M1: Ablaufplan Planspiel

Spielphase	EU-Akteure	Länderakteure	Medienakteure	Zeitplan
Einführung/ Vorbereitung	<ul style="list-style-type: none"> - Einlesen - Szenario und Rollenprofile kennenlernen - Position u. Strategie erarbeiten - Ratspräsident: (Eröffnungs-)Rede vorbereiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Einlesen - Szenario und Rollenprofile kennenlernen - Position u. Strategie erarbeiten - Rede vorbereiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Einlesen - Szenario und Rollenprofile kennenlernen - Position erarbeiten und Umsetzung der Aufgaben planen 	ca. 45 Minuten
Eröffnung des Gipfels, erste Rederunde	<ul style="list-style-type: none"> - Eröffnungsrede Präsident/-in des Europäischen Rates - Kommissions- und Ländervertreter/-innen stellen ihre Position vor 		<ul style="list-style-type: none"> - Beobachten der Debatte - Zusammenfassung schreiben - in kurzen Beiträgen über das bisherige Geschehen berichten 	ca. 45 Minuten
Offene Debatte im Plenum und informelle Verhandlungen	<ul style="list-style-type: none"> - Ländervertreter/-innen u. EU-Akteure diskutieren u. verhandeln (in Kleingruppen) 		<ul style="list-style-type: none"> - Beobachten der Debatte und - Schlagzeilen erarbeiten 	ca. 45 Minuten
Zweite Statementrunde sowie Abstimmung und Ergebnis	<ul style="list-style-type: none"> - ggf. veränderte Position vorstellen - verkünden des Ergebnisses durch Ratspräsident/-in - beenden des Sondergipfels 	<ul style="list-style-type: none"> - ggf. veränderte Position vorstellen - Abschlussstatement - Abstimmung 	<ul style="list-style-type: none"> - Beobachten der Debatte und - Kommentar erarbeiten 	ca. 30 Minuten
Presseberichte	<ul style="list-style-type: none"> - in kurzen Berichten Ergebnisse des Sondergipfels vorstellen und diese kommentieren 			ca. 20 Minuten
Auswertungsphase	Abschlussdiskussion und Auswertung des Spielverlaufs sowie des Ergebnisses			ca. 30 Minuten

M2: Szenario – Die Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU

Immer mehr Flüchtlinge stranden an den Küsten der südeuropäischen Länder wie Italien, Spanien, Griechenland und Malta. Die Nachrichten sind voll von Bildern erschöpfter und ausgehungertes Menschen, die auf überladenen Booten die Mittelmeerküste erreichen, wo sie in überfüllten Auffanglagern auf ihr Asylverfahren oder ihre Abschiebung warten.

Insbesondere durch Unruhen und Aufstände in Afrika und dem Nahen Osten, z.B. dem Bürgerkrieg in Syrien, sowie Armut und Unterentwicklung hat sich die Zahl der Flüchtlinge, die die südlichen Staaten der Europäischen

Union (EU) – zum Beispiel die italienische Insel Lampedusa – erreichen, stark erhöht.

Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Asylsuchenden 2014 um fast 200.000 zu. Insgesamt suchten etwa 626.000 Menschen Asyl in einem der EU-Staaten. In ganz Europa waren es ca. 714.000 (2013 ca. 485.000) In vielen Ländern nahm auch die Zahl der Flüchtlinge zu (siehe Tabelle). Auch für die Jahre 2014 und 2015 wird mit einer weiteren Zunahme der Flüchtlingszahlen gerechnet.

Die Hauptmotive der Einwanderer sind neben politischer Verfolgung oder Flucht vor Kriegen häufig wirtschaftlicher Art. In ihren Heimatländern herrschen oftmals Armut und hohe Arbeitslosigkeit. Die Menschen dort haben lediglich geringe Zukunftsperspektiven, so dass die so genannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ in der Hoffnung auf Arbeit und ein besseres Leben in die EU einwandern. Viele davon folgen Familienmitgliedern, die Jahre zuvor in die EU kamen und dort Arbeit fanden.

Das Land, in dem die meisten Asylanträge gestellt werden, ist Deutschland. 2014 gab es dort über 172.000 Erstanträge. Es folgen Schweden (74.980) und Italien (63.655). In allen EU-Staaten ist in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme der Asylanträge zu verzeichnen. Daher betrifft die Asyl- und Flüchtlingsproblematik alle Länder der EU, allerdings nicht in der gleichen Intensität.

Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden kamen 2014 aus Syrien (122.790 Anträge). Afghanistan (ca. 41.305), Kosovo (ca. 37.875) und Eritrea (ca. 36.990) sind weitere Länder, aus denen Menschen in die EU kommen, um hier Schutz zu suchen.

Flüchtlinge in ausgewählten EU-Staaten

	2012	2013
Dänemark	11.402	13.170
Deutschland	589.737	187.567*
Estland	63	70
Finnland	9.916	11.252
Frankreich	217.865	232.487
Griechenland	2.100	3.485
Italien	64.779	78.061
Luxemburg	2.910	2.873
Malta	8.248	9.906
Niederlande	74.598	74.707
Polen	15.911	16.438
Portugal	483	598
Schweden	92.872	114.175
Slowenien	176	213
Spanien	4.510	4.637
Ungarn	4.054	2.440
Vereinigtes Königreich	149.765	126.055

* Rückgang auf Grund neuer Definition

Quelle: UNHCR / Global Trends 2012 und 2013.

Viele der Flüchtlinge nehmen eine gefährliche Reise in Kauf, um in die EU-Staaten zu gelangen. Viele versuchen über das Mittelmeer oder die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei einzureisen. Nach Schätzungen von Flüchtlingshilfsorganisationen sind seit dem Jahr 2000 mindestens 23.000 Menschen, die als Flüchtlinge auf dem Weg in die EU waren, ums Leben gekommen. Alleine 2014 soll es nach Behördenschätzungen etwa 3.500 Tote gegeben haben. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex berichtet für 2014 von fast 280.000 illegalen Grenzübertritten (2013: ca. 100.000). Dies sind jedoch nur die bekannten Fälle. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen.

Die EU, die sich international stark für die Einhaltung von Menschenrechten einsetzt, gerät nun, angesichts der Toten an ihren Außengrenzen, immer stärker unter Druck, ihre restriktive Grenzpolitik zu ändern. Kritisiert wird auch, dass die EU mit der Abweisung von Flüchtlingen gegen ihre eigenen Werte und Normen handelt. Aus diesem Grund bezeichnen einige die EU bereits als „Festung Europa“, die sich gegen „unerwünschte Zuwanderer“ immer mehr abschottet. Deshalb wird gefordert, dass sich Frontex nicht nur um die Sicherung der Außengrenzen kümmern, sondern auch humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge leisten soll.

Die Flüchtlingsproblematik besteht nun darin, dass sich einzelne Länder mit der Masse an Flüchtlingen überfordert fühlen. Sie wünschen sich, dass sich alle EU-Staaten an der Aufnahme der Flüchtlinge und Asylsuchenden beteiligen. Weiterhin kritisieren sie, dass sich nicht alle Länder der EU an den Kosten beteiligen, die durch die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber entstehen.

Vor allem die südlichen Grenzstaaten streben nach einer gemeinsamen europäischen Lösung und nach einer ihrer Meinung nach gerechten Aufteilung der Lasten. Dementgegen stehen einige EU-Staaten, die in der

Flüchtlingsfrage ein nationalstaatliches Problem sehen. Ein Kompromiss scheint in weite Ferne gerückt.

Nicht-Regierungsorganisationen, wie z.B. PRO ASYL, und die internationale Gemeinschaft, z.B. das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), drängen die EU-Staaten jedoch auf eine schnelle Lösung des Problems. Und auch die Presse berichtet zunehmend kritisch darüber, dass es die EU nicht schafft, eine gemeinsame Position zu finden.

Aus diesem Grund hat der Präsident des Europäischen Rates die Vertreter der EU-Staaten zu einem **Sondergipfel** des Europäischen Rates zum Thema Asyl- und Flüchtlingsproblematik eingeladen, um sich auf eine gemeinsame Position zu verständigen und ein einheitliches Vorgehen zu beschließen.

M3: Rollenkarten

Dänemark

Deutschland

Estland

Finnland

Frankreich

Griechenland

Italien

Luxemburg

Malta

Niederlande

Polen

Portugal

Schweden

Slowenien

Spanien

Ungarn

Vereinigtes Königreich

Europäische Kommission

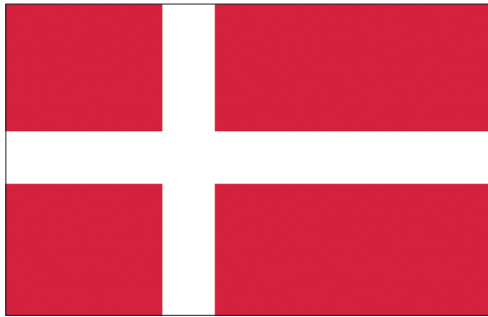
Präsident/-in des Europäischen Rates

Freie/r Journalist/in

Pressereferent/-in von PRO ASYL

Journalist/in im Auftrag des
UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR)

Dänemark



Fläche	42.915 km ²
Einwohnerzahl	5,6 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Monarchie
Hauptstadt	Kopenhagen
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	45.600 € (2014)
Arbeitslosigkeit	6,6 % (2014)
Asylbewerber	14.715 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	2.610 (2014)

Als Ministerpräsident/-in und Innenminister/-in vertreten Sie Dänemark auf dem EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Jeder EU-Staat ist selbst für seine Einwanderungspolitik zuständig. Das ist für Sie ein wichtiger Bestandteil Ihrer nationalen Souveränität. Sie befürworten daher eine nationalstaatliche Lösung der Flüchtlingsfrage. Natürlich sehen Sie die katastrophale Lage im Mittelmeer-Raum. Und selbstverständlich gewähren Sie politisch Verfolgten Schutz, beispielsweise syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen. Allerdings können Sie als kleiner EU-Mitgliedstaat nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Im Jahr 2014 verzeichneten Sie fast 15.000 Asylbewerber, eine Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr. Bezogen auf die Einwohnerzahl nahmen Sie weit mehr Asylsuchende auf als beispielsweise Italien, Griechenland oder Spanien.

Sie sehen daher keinen Grund, das Dublin-System aufzugeben. Auch eine Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedstaaten lehnen Sie ab. Sie akzeptieren zwar, dass man kleinen, überforderten Staaten wie Malta in Notsituationen helfen sollte. Dies ist ein Akt europäischer Solidarität. Bei Italien und den anderen großen Mittelmeerstaaten ist diese Hilfe jedoch nicht notwendig. Sie können sich aber vorstellen, von den Mitgliedstaaten gemeinsam durchgeführte Frontex-Missionen zu unterstützen.

Drängen Sie darauf, dass die EU die Probleme hinter der Flüchtlingsproblematik sieht. Durch den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern können Probleme vor Ort gelöst werden. Das dämmt auch die Flüchtlingsströme nach Europa ein.

Ihre Argumente

Ihre nationale Souveränität ist Ihnen sehr wichtig. Sie möchten weiterhin in politisch sensiblen Bereichen wie der Innen- und Sicherheitspolitik Ihre Eigenständigkeit bewahren. Dazu gehört auch die Kontrolle darüber, wer nach Dänemark kommen darf und wer nicht. In diesem Punkt denken Sie ähnlich wie Großbritannien.

Sie haben daher beispielsweise 2011 trotz des Schengen-Abkommens wieder vorübergehende Grenzkontrollen eingeführt, da Sie aufgrund des damaligen Flüchtlingsstroms eine Gefahr für die nationale Sicherheit Dänemarks befürchteten. Ein solches Vorgehen halten Sie sich weiterhin auch für die Zukunft offen.

Die politischen Debatten in der dänischen Öffentlichkeit zeigen, dass Teile der dänischen Bevölkerung der Einwanderung eher skeptisch gegenüberstehen und Probleme bei der Integration der Migranten in die dänische Gesellschaft befürchten. Eine gemeinsame, von Brüssel aus gesteuerte europäische Flüchtlings- und Asylpolitik löst die Probleme nicht. Letztlich müssen die Fluchtursachen bekämpft werden, das heißt, man sollte den Menschen vor Ort helfen. Dänemark gehört zu den führenden Ländern bei der Entwicklungszusammenarbeit. So wendet das Land jährlich über 2 Mrd. EUR (ca. 0,85 % des BIP) für die Entwicklungshilfe auf. Die EU und die anderen Mitgliedstaaten könnten ihre Bemühungen auf diesem Gebiet weiter ausbauen.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Deutschland



Fläche	357.137 km ²
Einwohnerzahl	80,8 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Berlin
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	35.200 € (2014)
Arbeitslosigkeit	5,0 % (2014)
Asylbewerber	202.815 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	2.510 (2014)

Sie vertreten als Bundeskanzler/-in und als Innenminister/-in Deutschlands Interessen.

Ihre Position

Sie sehen in der Flüchtlingsproblematik grundsätzlich ein nationalstaatliches Problem, das die betroffenen Länder selbst lösen müssen. Seit den jüngsten Katastrophen im Mittelmeer drängen Sie jedoch darauf, dass sich alle EU-Staaten ihrer gesamteuropäischen Verantwortung bewusst sind. Alle EU-Staaten müssen mithelfen, damit weitere Opfer vermieden werden.

Sie sind weiterhin nicht bereit, Flüchtlinge, die in Italien „gestrandet“ sind, aufzunehmen, da Italien als großer Staat fähig sein muss, eine eigene Lösung zu entwickeln. Das Dublin-System hat sich im Grundsatz bewährt. Allerdings entziehen sich Ihrer Meinung nach einige EU-Staaten ihrer Verantwortung. Da Deutschland überdurchschnittlich viele Flüchtlinge aufnimmt, ist es im deutschen Interesse, über eine gerechte Regelung zur Verteilung der Flüchtlinge nachzudenken.

Italien werfen Sie vor, Flüchtlinge weiterreisen zu lassen, ohne sie zu registrieren. Auch durch die Erteilung von befristeten Aufenthaltsgenehmigungen für Migranten (zum Beispiel an Einwanderer aus Tunesien) werde der Schengen-Raum gefährdet, da diese Visa die Weiterreise und den Aufenthalt in anderen EU- Staaten ermöglichen und sich die Flüchtlinge bis zu 9 Monate legal in der EU aufhalten können. Sie befürchten dadurch eine Art Sogwirkung für die illegale Einwanderung aus Nordafrika.

Sie wollen aber nicht so weit gehen und Grenzkontrollen wieder einführen, jedoch werden auch Sie verstärkt Einsätze an deutschen Grenzen durchführen, um illegale Einwanderer ohne Papiere abzufangen.

Eine gemeinsame Lösung halten Sie auch im Hinblick auf die Grenzschutzagentur Frontex für nötig. Die Mission der Grenzschutzagentur sollte langfristig und dauerhaft ausgeweitet werden. Europäische Schiffe sollten ständig direkt vor den europäischen Seegrenzen im Mittelmeer patrouillieren, um Menschen in Seenot zu retten und die Schleuserkriminalität zu bekämpfen. Hier könnte Frontex die Staaten an den südlichen EU-Außengrenzen dauerhaft entlasten.

Ihre Argumente

2014 hat Deutschland ca. 203.000 Asylbewerber registriert. Zusammen mit Schweden nimmt Deutschland etwa 45 Prozent aller Asylsuchenden in der EU auf. In der aktuellen humanitären Krise sind aber alle EU-Staaten gefordert.

Eine gemeinsame europäische Lösung sehen Sie als dringend geboten an. Der Kampf gegen Schlepper- und Schleuserbanden und Fluchtursachen muss in Zukunft verstärkt werden. Außerdem unterstützt Deutschland die Frontex-Missionen mit Experten, Schiffen und Helikoptern.

Als großes EU-Land ist Deutschland bereit, anderen Staaten in Europa zu helfen, wenn Sie mit der aktuellen Situation überfordert sind. In Bezug auf Italien sehen Sie eine solche Überforderung gegenwärtig nicht!

„Wirtschaftsflüchtlinge“ fallen nicht unter den Schutz des Grundrechts auf Asyl (Art. 16 GG) oder der Genfer Flüchtlingskonvention, da sie weder aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden. Es ist daher nicht notwendig, solche Flüchtlinge aufzunehmen. Im Übrigen sehen Sie durch eine Aufnahme den deutschen Wohlstand gefährdet. In dieser Hinsicht sind Sie nicht kompromissbereit. Die Europäische Union hat derzeit über 23 Mio. Arbeitslose. Es ist also nicht sinnvoll, noch mehr Arbeitssuchende aufzunehmen.

Deutschland will die Lebensverhältnisse in den Staaten vor Ort verbessern und stellt hier Mittel zur Verfügung. Die Aufnahme von „Wirtschaftsflüchtlingen“ würde außerdem nur weitere Anreize für Menschenhändler bieten.

Dagegen werden politisch verfolgte Flüchtlinge selbstverständlich aufgenommen. Sie haben allein im Jahr 2013 5.000 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen. Auch im Hinblick auf die deutsche Vergangenheit während des Nationalsozialismus ist es folgerichtig, wenn Deutschland solche Menschen in Not aufnimmt.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Estland



Fläche	45.227 km ²
Einwohnerzahl	1,3 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Tallinn
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	14.800 € (2014)
Arbeitslosigkeit	7,4 % (2014)
Asylbewerber	155 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	120 (2014)

Als Premierminister/-in und Innenminister/-in vertreten Sie die Interessen und die Position Estlands auf dem EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Als relativ kleines, an Russland und die Ostsee grenzendes Land im Nordosten der EU sind Sie von der Flüchtlingsproblematik im Mittelmeerraum nicht direkt betroffen. Ihre Außenpolitik ist geprägt von engen Beziehungen zu Ihren skandinavischen und baltischen Nachbarn, traditionell sind auch Ihre Beziehungen zu Deutschland eng und freundschaftlich. Ihr Verhältnis zur russischen Regierung hingegen ist historisch und politisch belastet.

Sie sind seit 2007 Mitglied des Schengen-Raums und damit potenziell ein Ziel für Migranten, die in die EU wollen. Selbstverständlich gewährt Ihr Asylsystem politisch Verfolgten Schutz im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und der geltenden EU-Asylstandards. Dennoch ist Estland für Flüchtlinge trotz seiner EU-Außengrenze kein attraktives Ziel: 2014 gab es 155 Asylsuchende in Estland, von 2008 bis 2012 wurden insgesamt nur 230 Asylanträge gestellt.

Aufgrund dieser Situation sehen Sie keinen zwingenden Grund, das bestehende europäische Asylsystem - insbesondere die Dublin-Verordnung - zu ändern. Auch einer Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Länder stehen Sie eher skeptisch gegenüber. Allerdings sind Sie sich auch bewusst, dass die EU eine Solidaritätsgemeinschaft ist. Den besonders betroffenen Mitgliedstaaten sollte daher geholfen werden, zum Beispiel mit einer Ausweitung der Frontex-Operationen im Mittelmeer. Auch über eine Teilung der finanziellen Lasten könnte man gemeinsam nachdenken. Sie können während der Tagung deutlich machen, dass Ihnen der Schutz der EU-Außengrenze zu Russland ein wichtiges Anliegen ist. Bei aller nötigen Aufmerksamkeit für die südlichen Außengrenzen darf dies nicht vergessen oder vernachlässigt werden.

Ihre Argumente

Menschenrechtsaktivisten und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR kritisieren, dass Flüchtlinge an der estnischen Grenze abgewiesen würden, ohne ihnen die Chance zu geben, einen Asylantrag zu stellen. Diese Kritik weisen Sie zurück. Estland liegt nicht an den Hauptflüchtlingsrouten und ist für Flüchtlinge Ihrer Meinung nach schlichtweg nicht interessant genug. Beispielsweise ist der Lebensstandard für Migranten in anderen EU-Staaten wie Deutschland oder Schweden viel höher.

Insgesamt haben Sie ohne jeden Zweifel vom EU-Beitritt 2004 politisch und wirtschaftlich profitiert. Zudem kann niemand genau vorhersehen, wie sich die globalen Migrationsbewegungen entwickeln werden. Auch Sie könnten in Zukunft mit Problemen an Ihrer Außengrenze konfrontiert werden! Vermeiden Sie daher auf dem Sondergipfel den Eindruck einer „Blockadehaltung“. Betonen Sie, dass Ihnen Solidarität in der EU wichtig ist.

Sie unterstützen die „Idee Europa“ und die europäischen Werte. In menschlichen Notsituationen muss daher geholfen werden, beispielsweise mit einer freiwilligen Aufnahme von syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen.

Sie sehen aber in diesen Fragen eher die großen Mitgliedstaaten in der Pflicht. Sie zeigen sich zwar solidarisch, aber nur in den Grenzen Ihrer Kapazitäten als kleines Mitgliedsland.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Finnland



Fläche	338.434 km ²
Einwohnerzahl	5,5 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Helsinki
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	37.400 € (2014)
Arbeitslosigkeit	8,7 % (2014)
Asylbewerber	3.620 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	665 (2014)

Sie sind Ministerpräsident/-in und Innenminister/-in Finnlands und vertreten Ihr Land gemeinsam beim EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Ganz im Norden Europas gelegen, ist Finnland von der gegenwärtigen Flüchtlingswelle nicht betroffen. Auch kommen relativ wenige Asylbewerber in das Land. Obwohl auch Finnland über eine EU-Außengrenze verfügt, sind dort keine nennenswerten Flüchtlingsströme zu verzeichnen. Bis in die 1980er Jahre gab es praktisch gar keine Einwanderung nach Finnland.

Finnland möchte am bestehenden Dublin-System festhalten und erachtet in einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik hauptsächlich Maßnahmen gegen Schlepperbanden für nötig. Aus diesem Grund befürwortet Finnland eine Ausweitung der Frontex-Operationen zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität und wäre bereit, sich mit zusätzlichen Polizeikräften zu beteiligen.

Für den effektiven Kampf gegen illegale Einwanderung bedarf es aus finnischer Sicht nicht nur Einsätze an den EU-Außengrenzen, sondern auch in den Herkunftsländern. Dort könnte mit der Polizei vor Ort zusammengearbeitet werden. Die Verbesserung der Situation der Menschen in den jeweiligen Ländern könnte auch über eine stärkere Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden. Dies könnte Migrationsbewegungen generell eindämmen. Weisen Sie in den Verhandlungen darauf hin, dass Ihnen der Schutz der EU-Außengrenze zu Russland ein wichtiges Anliegen ist. Die Entwicklungen in Russland und die Ukraine-Krise beobachten Sie mit großer Sorge.

Ihre Argumente

Finnland verfolgt eine sehr liberale Asylpolitik. Es gibt im ganzen Land Aufnahmezentren für Asylbewerber. Die Bewohner müssen dem Personal nicht melden, wohin sie gehen. In den Aufnahmezentren werden Asylbewerber mit dem Notwendigen versorgt und erhalten Unterstützung. Sie haben u.a. die Möglichkeit, Finnisch oder Schwedisch zu lernen. Außerdem dürfen Asylbewerber in Finnland auch arbeiten.

Verweisen Sie darauf, dass sich Finnland auch im internationalen Kontext für Flüchtlinge einsetzt. Jährlich werden aus internationalen Flüchtlingslagern des UNHCR Flüchtlinge aufgenommen.

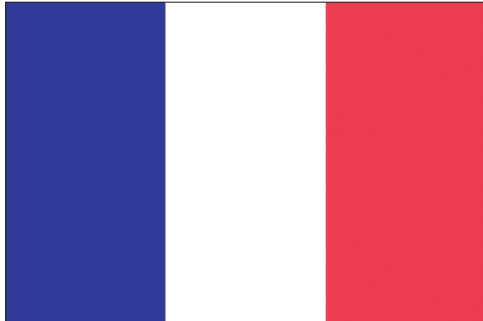
Im Rahmen des Umsiedlungsprogramms der Vereinten Nationen hat Finnland in den letzten Jahren jeweils 750 Flüchtlinge aufgenommen. Für 2014 wurde die Quote aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien angehoben und liegt nun bei 1.050 Flüchtlingen, die jährlich zusätzlich aufgenommen werden. Im Gegensatz dazu werden nach Deutschland jährlich nur 300 Flüchtlinge umgesiedelt. 2014 wurden etwa 3.500 neue Asylanträge in Finnland gestellt.

Finnland verfolgt das Ziel, über die finnischen Botschaften stärker mit den Herkunftsländern zusammenzuarbeiten und den Kontakt zwischen den jeweiligen Sicherheits- und Einwanderungsbehörden zu verbessern. Wie alle skandinavischen Länder ist auch Finnland traditionell stark in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert. Etwa 0,52 % des BIP bringt Finnland jährlich auf und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Frankreich



Fläche	632.834 km ²
Einwohnerzahl	65,9 Millionen (2014)
Regierungsform	Semi-präsidentiale Demokratie
Hauptstadt	Paris
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	32.400 € (2014)
Arbeitslosigkeit	10,3 % (2014)
Asylbewerber	64.310 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	955 (2014)

Als Staatspräsident/-in bzw. Innenminister/-in reisen Sie zu dem EU-Gipfel und vertreten die Interessen von Frankreich.

Ihre Position

Frankreich hat bereits 2011 auf ähnliche Entwicklungen reagiert und die Grenze zu Italien vorübergehend wieder geschlossen, als Sie einen massenhaften Flüchtlingsansturm befürchteten. Sie setzen sich in außerordentlichen Fällen für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums ein. Im März 2011 waren 2.800 Flüchtlinge aus Italien abgefangen worden, 1.700 haben Sie auf Grundlage des Dublin-Systems zurück nach Italien geschickt.

Auf jeden Fall werden Sie auch zukünftig die Grenze mit zusätzlichen Bereitschaftspolizisten schützen.

Allerdings sehen Sie auch die Notwendigkeit der Einrichtung eines europäischen Fonds, um des Flüchtlingsproblems Herr zu werden. Alleine mit restriktiven Maßnahmen lässt sich die aktuelle Situation nicht lösen. Daher können Sie sich auch eine EU-weite Quotenregelung vorstellen. Dies könnte zunächst auf freiwilliger Basis erfolgen.

Setzen Sie sich weiterhin für eine Ausweitung des Frontex-Einsatzes ein. Hier sollten Italien und Malta durch die anderen EU-Mitgliedstaaten unterstützt werden. Allerdings sehen Sie die Notwendigkeit, die Frontex-Mitarbeiter ausdrücklich zu verpflichten, Menschen in Seenot zu retten.

Ähnlich wie in Deutschland ist in Frankreich die Zahl an Asylsuchenden in die Höhe geschneilt. Sie hat sich in den vergangenen fünf Jahren deutlich erhöht und lag 2014 bei über 64.000 Asylbewerbern. Alleine 2014 wurden über 57.000 neue Asylanträge gestellt. Das französische Asylsystem kann eine weitere Steigerung nicht verkraften. Daher setzen Sie sich des Weiteren für ein gemeinsames EU-Asylverfahren ein.

Ihre Argumente

Sie fürchten zwar einen Eingriff in das nationale Selbstbestimmungsrecht, wenn man die Flüchtlinge nach gesetzlich festgeschriebenen Quoten innerhalb der EU verteilt. Dennoch bedarf es einer europäischen Lösung. Hierfür sehen Sie einen europäischen Flüchtlingsfonds und Frontex als geeignetes und die nationale Souveränität nicht beeinträchtigendes Mittel an.

Nationale Grenzkontrollen sind Ihrer Meinung nach notwendig, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten, wenn die EU die Außengrenzen nicht schützen kann.

Angesicht einer Arbeitslosenquote von 10,3 Prozent und einer Jugendarbeitslosigkeit von knapp über 25 Prozent im Jahr 2014 kann sich Frankreich keine weiteren Arbeitssuchenden leisten. Der Ausländeranteil in Frankreich liegt bei ca. 6,3 Prozent. Sie finden daher, dass man die Einwanderung nach Frankreich stark begrenzen sollte, um den Sozialstaat und die innere Sicherheit nicht zu gefährden. Die Unruhen durch jugendliche Migranten, die 2005 das Land erschütterten, und der Anschlag auf „Charlie Hebdo“ sind in den Köpfen vieler Menschen noch immer gegenwärtig. Sie fürchten, dass die ausländerfeindliche Partei „Front National“ weiteren Zulauf erhalten könnte.

Selbstverständlich zeigen Sie sich im Falle von Flüchtlingen solidarisch. Menschen, die ihre Heimat verlassen, um vor einem Bürgerkrieg zu flüchten, muss geholfen werden.

Und auch sonst plädieren Sie für die europäische Solidarität, allerdings nicht im Sinne einer Aufnahme von Flüchtlingen, sondern bei der Verhinderung der Einwanderung an sich. Deshalb wollen Sie einen verstärkten Einsatz der EU in den Herkunfts- und Transitländern vor Ort, vor allem in Nordafrika, um die Massenflucht von dort zu verhindern.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Griechenland



Fläche	131.957 km ²
Einwohnerzahl	11,0 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Athen
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	16.300 € (2014)
Arbeitslosigkeit	26,5 % (2014)
Asylbewerber	9.435 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	860 (2014)

Sie vertreten als Premierminister/-in und Innenminister/-in auf dem EU-Sondergipfel die Interessen Griechenlands.

Ihre Position

Griechenland ist aufgrund seiner geographischen Lage seit über zehn Jahren eines der „Haupteinfallstore“ für Flüchtlinge, die in die EU wollen – ähnlich wie Italien, Spanien und Malta. Bereits 2010 hatten Sie die EU um Hilfe durch Frontex-Beamte gebeten, um Ihre Grenze zur Türkei zu überwachen, da Sie allein nicht mehr mit dem Zustrom an Flüchtlingen fertig wurden. Sie haben Ihre Landgrenze zur Türkei mit Zäunen, Gräben und hunderten von zusätzlichen Wachleuten gesichert. Dennoch hat sich seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien die Lage für Sie noch verschärft: Über die griechische Grenze gelangen mittlerweile die meisten irregulären Einwanderer in die EU. Dabei kommen immer wieder Dutzende von Menschen bei dem Versuch ums Leben, auf der gefährlicheren Seeroute die griechischen Inseln zu erreichen. Alleine für das Jahr 2014 sind über 50.000 illegale Grenzübertritte dokumentiert. Das sind doppelt so viele wie 2013.

Viele Flüchtlinge wollen eigentlich weiter (z.B. nach Deutschland oder Schweden), können dies aber im bestehenden EU-Asylsystem nicht auf legale Weise. Mittlerweile leben fast 10.000 Asylbewerber, aber auch ca. 350.000 irreguläre Migranten in Ihrem Land. 2014 wurden über 7.000 neue Asylanträge gestellt.

Ihre Position beim Sondergipfel ist durch folgende Umstände geschwächt: Griechenland wird vor allem wegen den menschenunwürdigen Bedingungen in den Flüchtlingslagern von Menschenrechtsgruppen und internationalen Medien stark kritisiert. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte 2010 fest, dass Asylbewerber in Griechenland unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen und unter staatlichen Repressalien (Inhaftierung) leiden. Viele EU-Staaten schieben seither keine Flüchtlinge mehr nach Griechenland ab.

Zudem leidet Griechenland seit 2010 unter den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, beispielsweise waren 2014 über 50 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Ein Ende der schwierigen Finanz- und Wirtschaftssituation in Ihrem Land ist nicht absehbar.

Unter diesen Umständen genügt Ihnen die bisherige Unterstützung durch die EU nicht mehr. Sie fordern eine grundlegende Änderung der EU-Flüchtlingspolitik. Auf dem Sondergipfel muss über eine echte Reform des Dublin-Systems diskutiert werden. Möglich wäre auch die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Fonds, um die finanziellen Lasten fairer zu verteilen.

Ihre Argumente

Griechenland fühlt sich von der EU und den anderen Mitgliedstaaten alleingelassen. Nach Expertenmeinung befinden sich allein in der Türkei zur Zeit ca. 400.000 registrierte syrische Flüchtlinge, hinzu kommen bis zu einer Million Flüchtlinge, die aus anderen Ländern Schutz und Zuflucht in Europa suchen. Dieser Verantwortung muss sich die EU als Ganzes stellen.

Sie weisen daher die Kritik an Ihrer Flüchtlingspolitik zurück. Dass die Flüchtlinge teilweise unter erbärmlichen Bedingungen in überfüllten Lagern leben müssen, geben Sie zu. Allerdings erinnern Sie auch daran, dass Griechenland sehr hart von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen wurde. Die von der EU verordnete Sparpolitik macht es für Sie noch schwieriger, die Last der Flüchtlingsströme alleine zu tragen und Ihr Asylsystem zu verbessern. „Alle zeigen mit dem Finger auf Griechenland“, wird ein griechischer Politiker zitiert, „aber kein anderes EU-Land ist bereit, einige dieser Flüchtlinge aufzunehmen“.

Auch befürchten Sie, dass unter den Bedingungen der sehr hohen (Jugend)-Arbeitslosigkeit (fast 50 Prozent) rechtsextreme Kräfte weiteren Zulauf erhalten. Es kam bereits zu Übergriffen auf Flüchtlinge. Das kann niemand in Europa wollen!

Um eine gemeinsame Lösung für die Flüchtlingsproblematik zu finden, sollten alle EU-Mitgliedstaaten solidarisch sein. Auch die EU-Kommission ist hier gefordert, Vorschläge zu machen! Sie sind bereit, Ihr Asylsystem zu reformieren, brauchen dafür aber finanzielle Hilfe. Versuchen Sie, zusammen mit den anderen südlichen Mitgliedstaaten eine gemeinsame Position zu erarbeiten, betonen Sie aber, dass Sie keinesfalls die EU spalten wollen. Die Grenzen der südlichen Mitgliedstaaten sind letztlich gemeinsame europäische Grenzen.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Italien



Fläche	301.336 km ²
Einwohnerzahl	60,8 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Rom
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	26.600 € (2014)
Arbeitslosigkeit	12,7 % (2014)
Asylbewerber	64.625 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	1.065 (2014)

Sie vertreten als Ministerpräsident/-in sowie als Innenminister/-in Italiens Interessen.

Ihre Position

Angesichts der menschlichen Tragödien im Mittelmeer bestehen Sie mit Malta auf einer gesamt-europäischen Lösung in der Flüchtlingspolitik und verlangen, dass die anderen EU-Staaten sich endlich solidarisch zeigen. Die Lasten durch die angestiegene Zuwanderung müssen auf alle EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Die ablehnende Haltung anderer Staaten gegenüber einer europäischen Lösung macht sie wütend. Sie fordern daher zuerst die Aufnahme von Flüchtlingen durch andere EU-Staaten. Weiterhin fordern Sie die Einrichtung eines europäischen Fonds und ein gemeinsames EU-Asylverfahren.

Gerade in der jetzigen Wirtschaftskrise muss Europa sich solidarisch zeigen und Italien, das sich in einem innenpolitischen Reformprozess befindet, beim Problem der illegalen Einwanderung helfen.

Die Ausstellung befristeter Aufenthaltsgenehmigungen an Flüchtlinge sehen Sie als Ihr gutes Recht an, mit dem Problem umzugehen. Sie bezwecken damit, dass sich das Flüchtlingsproblem von alleine löst, indem sich die Einwanderer auf alle EU-Staaten verteilen. Mit einer Aufenthaltsgenehmigung können sich diese Menschen frei bewegen. (Dies geben Sie aber natürlich in der Debatte nicht zu.)

Ihre Küstenwache und Marine hat seit Oktober 2013 mit der Operation „Mare Nostrum“ Tausenden von Flüchtlingen das Leben gerettet. Mittlerweile ist die Mission beendet und wurde von der Frontex-Mission „Triton“ abgelöst. Trotz dieser Mission konnten Schiffsunglücke mit vielen Toten nicht verhindert werden. Die EU kann diese menschliche Tragödie nicht mehr hinnehmen! Sie fordern daher über die bisherigen Missionen und Hilfen hinaus die Unterstützung durch die EU und andere Mitgliedstaaten, zum Beispiel in Form der Ausweitung der Mission „Triton“.

Ihre Argumente

Italien ist als Land mit einer EU-Außengrenze und auf Grund seiner Nähe zu Afrika extrem von dem Flüchtlingsproblem betroffen. Die Auffanglager auf Lampedusa und Sizilien sind seit Langem hoffnungslos überfüllt. Dieser Zustand ist sowohl für die Flüchtlinge als auch für die italienische Bevölkerung unerträglich. Gut 5.000 Einwohner wohnen normalerweise auf der Insel Lampedusa. Doch allein während des „Arabischen Frühlings“ kamen fast 48.000 Flüchtlinge nach Lampedusa. Insgesamt hat sich die Zahl der Asylbewerber 2014 im Vergleich zum Vorjahr auf 64.625 Anträge mehr als verdoppelt.

Die EU betrachten Sie als Solidargemeinschaft. Es ist Ihrer Meinung nach die Pflicht der anderen EU-Staaten, Italien zu helfen und einen Teil der Lasten zu übernehmen. Es ist Ihr Interesse, die anderen EU-Staaten bei der Sicherung der Außengrenzen stärker einzubinden. Italienische Grenzen sind europäische Grenzen!

Mit Ihrer eigenen Marinemission „Mare Nostrum“ zeigten Sie, dass Sie gewillt waren, die Flüchtlinge vor dem Tod im Mittelmeer zu bewahren und gleichzeitig gegen die Schleuser-Banden anzukämpfen. Zukünftig sollten diese Ziele in gemeinsamen Frontex-Missionen verfolgt werden.

Die Unterbringung und die Asylverfahren verursachen hohe Kosten für Italien, was Sie nicht akzeptieren wollen. Außerdem fürchten Sie eine noch größere Flüchtlingswelle von ca. 1,5 Mio. Menschen und sehen daher eine katastrophale humanitäre Krise auf Sie zukommen.

Das Argument, dass andere EU-Staaten in den letzten Jahren weit mehr Zuwanderer aufgenommen haben als Italien, lassen Sie nicht gelten. Die meisten Flüchtlinge stellen gar keinen Asylantrag in Italien, weil sie weiter nach Mitteleuropa, v. a. nach Deutschland und Frankreich, wollen, wo die Jugendarbeitslosigkeit nicht wie in Italien fast 44 Prozent beträgt.

Auch angesichts der sehr hohen italienischen Staatsverschuldung erwarten Sie die Unterstützung der anderen EU-Staaten. Wie sollen Sie sparen, wenn Sie immer mehr Geld für Flüchtlinge und Grenzschutz aufbringen sollen?

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Luxemburg



Fläche	2.586 km ²
Einwohnerzahl	549.680 (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Monarchie
Hauptstadt	Luxemburg
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	85.640 € (2014)
Arbeitslosigkeit	5,9 % (2014)
Asylbewerber	1.150 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	2.090 (2014)

Sie vertreten als Premierminister/-in und Innenminister/-in das Großherzogtum Luxemburg auf dem EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Als eines der kleinsten EU-Länder und auf Grund Ihrer geographischen Lage in Mitteleuropa sind Sie nicht unmittelbar von der Flüchtlingsproblematik betroffen. Gleichwohl spüren Sie auch in Luxemburg, dass mehr Menschen in die EU kommen, weil auch bei Ihnen die Zahl der Asylanträge zugenommen hat.

Machen Sie deutlich, dass Luxemburg als Gründungsstaat der Europäischen Union ein großer Befürworter der europäischen Einigung ist. Das gilt auch für die Bevölkerung. Daher wollen Sie konstruktiv und kompromissbereit an einer gesamteuropäischen Lösung mitarbeiten. Wann immer sich die anderen Staaten nicht einigen können, versuchen Sie nach Lösungen zu suchen, die alle Länder mittragen können. Eine solche gemeinsame Lösung muss den Werten der EU entsprechen. Einer Quotenregelung stehen Sie offen gegenüber.

Weisen Sie darauf hin, dass eine gewisse Zuwanderung wirtschaftlich durchaus sinnvoll ist. Sie haben in Luxemburg damit auch gute Erfahrungen gemacht. Aber machen Sie auch deutlich, dass durch eine übermäßige Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowohl die Integrationskraft der Gesellschaft als auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates überfordert werden kann.

Daher ist es am besten, wenn sich alle EU-Staaten auf Grundlage ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Stärke und gemessen an ihrer Größe an der Lösung der Asyl- und Flüchtlingsproblematik beteiligen.

Ihre Argumente

Bereits in den letzten Jahren hat Luxemburg Erfahrungen mit sprunghaft ansteigenden Asylbewerberzahlen gemacht. Als 2009 die Visums-Pflicht für die Staaten des Westbalkans wegfiel, verzeichnete auch Luxemburg einen deutlichen Anstieg der Asylanträge.

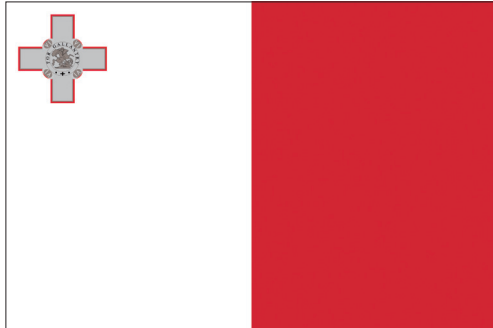
Mit Einwanderung im Allgemeinen hat Luxemburg in den letzten Jahrzehnten viele positive Erfahrungen gemacht. Mit über 40 Prozent hat Luxemburg den höchsten Ausländeranteil aller EU-Staaten. Aus den südlichen Ländern Europas gab es immer wieder größere Einwanderungswellen. Diese Menschen haben sich gut in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integriert. In den letzten Jahren konnten Sie einen zusätzlichen Arbeitskräftebedarf über Grenzpendler aus Deutschland, Frankreich und Belgien abdecken. An Resettlement-Programmen von UNHCR hat sich Luxemburg von Fall zu Fall auf freiwilliger Basis beteiligt. So wurden in den letzten Jahren immer wieder mehrere Flüchtlingsfamilien aufgenommen.

2012 hat Luxemburg seine Asyl- und Flüchtlingspolitik reformiert und verschärft. Die Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge wurden gekürzt und an das europäische Niveau angepasst. Dadurch sollte ein zusätzlicher Anreiz, gezielt nach Luxemburg einzuwandern, abgeschafft werden. Dementsprechend niedrig ist auch die Zahl der Asylsuchenden. 2014 stellten 1.030 Personen einen Asylantrag in Luxemburg. Das sind weniger als in Malta (1.275 neue Anträge), einem ähnlich kleinen EU-Land, welches allerdings direkt von der Problematik im Mittelmeer-Raum betroffen ist.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Malta



Fläche	316 km ²
Einwohnerzahl	425.384 (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Valletta
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	18.600 € (2014)
Arbeitslosigkeit	5,9 % (2014)
Asylbewerber	1.350 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	3.180 (2014)

Sie sind Premierminister/-in und Minister/-in für Innere Angelegenheiten und Nationale Sicherheit der Republik Malta und reisen gemeinsam zum EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Seit dem EU-Beitritt 2004 ist Ihr Inselstaat das kleinste und zugleich am dichtesten bevölkerte Mitgliedsland der Europäischen Union. Durch Ihre Lage im südlichen Mittelmeer in der Nähe zu Nordafrika sehen Sie sich als „Grenzposten“ der EU. Immer mehr Bootsflüchtlinge machten sich in den letzten Jahren auf den gefährlichen Weg nach Europa, im vergangenen Jahrzehnt stieg auch die irreguläre Migration nach Malta stark an. Allein in Libyen (ca. 340 km von Malta entfernt) befinden sich nach Schätzungen von Experten ca. 1,5 Millionen Flüchtlinge, von denen nach Ihrer Einschätzung sehr viele weiter in die EU wollen. Oft werden die Flüchtlinge von Ihrer Küstenwache im Zuge von Such- und Rettungsoperationen aufgegriffen und in geschlossenen Auffanglagern bis zu einem Jahr untergebracht. Sie sind natürlich bemüht, allen Flüchtlingen gerecht zu werden und politisch Verfolgten Schutz zu bieten, sind aber mit dem Problem überfordert.

Zudem ereigneten sich in jüngster Zeit im Mittelmeer Katastrophen wie die Schiffsunglücke im Oktober 2013 und im April 2015, bei denen über 1.000 Menschen ums Leben kamen. Die Situation ist für Sie nicht mehr länger tragbar. Sie befürchten, dass das „Mittelmeer zum Friedhof wird“, wenn die EU ihre Flüchtlingspolitik nicht ändert.

Ihre Argumente

Sie fühlen sich im Stich gelassen und fordern – zusammen mit Italien – eine neue EU-Flüchtlingspolitik. Seit 2002 sind über 18.000 Bootsflüchtlinge allein aus Libyen in Malta angekommen, alleine 2013 landeten 32.000 Menschen auf Lampedusa und Malta. Nach wie vor ist die politische Lage in Nordafrika instabil, es ist also zu befürchten, dass der Flüchtlingsstrom von dort in absehbarer Zeit nicht abreißen wird. Gemessen an der Einwohnerzahl haben Sie heute schon eine der höchsten Asylbewerberquoten.

Sie weisen daher die Kritik an den Lebensbedingungen in Ihren Auffanglagern zurück. Sie würden gerne mehr für die Flüchtlinge tun, sind aber als kleines Land auf Hilfe der EU angewiesen.

Sie begrüßen zwar den Vorschlag, die Kompetenzen von Frontex zu erweitern, aber das genügt noch nicht. Zukünftige Frontex-Missionen müssen finanziell und personell deutlich besser ausgestattet sein.

Die anderen Mitgliedstaaten und auch die EU selbst sollten solidarischer sein. Die ankommenden Flüchtlinge sollten gerechter in der EU verteilt werden. Denkbar wäre auch die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Fonds, um die finanziellen Lasten fairer zu verteilen. Gerade die großen und wirtschaftlich starken Länder wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien sind hier gefordert! Das Dublin-System muss geändert werden, auch wenn Länder wie Großbritannien oder Polen dafür keinen Grund sehen. Nur so kann verhindert werden, dass noch mehr Menschen auf den gefährlichen Mittelmeerrouten ertrinken!

Zusammen mit Italien bemühen Sie sich zudem um einen Dialog mit der libyschen Regierung über eine gemeinsame Strategie bei der Flüchtlingsproblematik. Dieser Dialog sollte von der EU insgesamt geführt werden, um ihm mehr Nachdruck zu verleihen.

Sie betonen, dass die jetzige Situation aus humanitären Gründen nicht mehr länger hinnehmbar ist, weder für die Flüchtlinge noch für die maltesische Regierung und Bevölkerung. Es dürfen nicht noch mehr Menschen an Europas Grenzen sterben! Außerdem befürchten Sie, dass ein weiterer Anstieg der Flüchtlingszahlen negative Auswirkungen auf den Tourismus in Malta hat.

Stimmen Sie sich mit den anderen südlichen Mitgliedstaaten ab, um eine gemeinsame Position zu finden. Sie haben vom EU-Beitritt und der Euro-Einführung wirtschaftlich profitiert und unterstützen die „Idee Europa“. Auch deshalb sollten Sie vermeiden, dass der Eindruck entsteht, Sie würden eine Spaltung der EU in Nord und Süd vorantreiben. Es geht Ihnen um eine gemeinsame, solidarische Lösung!

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Niederlande



Fläche	41.540 km ²
Einwohnerzahl	16,8 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Monarchie
Hauptstadt	Amsterdam
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	38.900 € (2014)
Arbeitslosigkeit	7,4 % (2014)
Asylbewerber	26.210 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	1.555 (2014)

Sie sind Ministerpräsident/-in und Minister/-in für Migrationsfragen der Niederlande und vertreten Ihr Land gemeinsam beim EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Sie können darauf verweisen, dass sich die Niederlande auch im internationalen Kontext sehr für Flüchtlinge einsetzen und jedes Jahr freiwillig Menschen aus Flüchtlingslagern der UNO aufnehmen. Gleichwohl sind Sie damit aber bereits heute an der Grenze des Möglichen angekommen. Die Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft der niederländischen Gesellschaft stellt für Sie einen wichtigen Gradmesser dar.

Ihnen ist es wichtig, dass bei der Lösung der akuten Flüchtlingskrise in den südlichen EU-Ländern auch andere Zugangsmöglichkeiten für Flüchtlinge wie internationale Flughäfen und Seehäfen nicht vergessen werden. Daher sollten Frontex-Operationen nur dann ausgeweitet werden, wenn gewährleistet ist, dass die anderen EU-Außengrenzen weiterhin ausreichend geschützt sind.

Sie sind an einer gemeinsamen Lösung interessiert. Ihr wichtigstes Anliegen ist, dass keine zusätzlichen Lasten auf Ihr Land zukommen. Sie verweisen darauf, dass Sie sich bereits im Rahmen der UNHCR-Flüchtlingshilfe engagieren.

Ihre Argumente

Momentan werden Flüchtlingsschutz und Asyl in den Niederlanden durch das Ausländergesetz aus dem Jahr 2000 geregelt. Asylsuchenden kann der Flüchtlingsstatus gewährt werden, wenn sie die Kriterien der Genfer Konvention erfüllen. Diese Regelung gilt auch für unselbstständige Partner und minderjährige Kinder. Zudem nehmen die Niederlande jedes Jahr etwa 500 Flüchtlinge aus UN-Flüchtlingslagern auf, die für eine Umsiedlung ausgewählt worden sind. Die kulturelle Vielfalt ist eine wichtige Grundlage der niederländischen Integrationspolitik.

Auf der anderen Seite wurden seit 1998 verschiedene neue Zuwanderungs- und Integrationsgesetze eingeführt, die zu einer Verschärfung der bestehenden Gesetzeslage führten. Im Jahr 2003 wanderten erstmals seit 1984 wieder mehr Menschen aus den Niederlanden aus als ein. Dieser negative Wanderungssaldo belief sich zunächst auf 317 im Jahr 2003, stieg aber bis zum Jahr 2006 auf 31.320 an. Mittlerweile liegt die Zahl der Einwanderer wieder über der der Auswanderer.

Noch immer gehören die Niederlande zu den beliebtesten Zielen von Flüchtlingen und Asylbewerbern in der EU, auch wenn die Zahlen in den letzten Jahren leicht rückläufig waren. Teilweise kommen diese Menschen auch über den Flughafen Amsterdam-Schiphol und die Seehäfen Rotterdam und Amsterdam in Ihr Land. 2014 stiegen die Asylbewerberzahlen wieder an. So wurden 2014 über 23.000 neue Asylanträge gestellt.

Der Menschenrechtskommissar des Europarats hat Ihrem Land attestiert, dass es einen großen Zustrom an Migranten bewältigen muss und insgesamt relativ viele Aufenthaltsgenehmigungen erteilt.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, was Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Polen



Fläche	312.679 km ²
Einwohnerzahl	38 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Warschau
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	10.700 € (2014)
Arbeitslosigkeit	9,0 % (2014)
Asylbewerber	8.025 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	210 (2014)

Sie reisen als Premierminister/-in und als Innenminister/-in Polens zum EU-Sondergipfel und vertreten dort die polnischen Interessen.

Ihre Position

Sie sind wegen Ihrer geographischen Lage nicht akut von den Flüchtlingswellen im Süden Europas betroffen. Gemessen an der Bevölkerungszahl haben Sie vergleichsweise wenige Asylbewerber und Flüchtlinge.

Langfristig sehen Sie jedoch die Gefahr, dass es durch Konflikte in Osteuropa, den Staaten der ehemaligen Sowjetunion oder in Zentralasien auch zu größeren Flüchtlingswellen nach Polen kommen könnte. Hier können Sie auf die Krisen in der Ukraine und im Kaukasus verweisen.

Daher wollen Sie sich als konstruktiver EU-Partner erweisen und an einer gemeinsamen Lösung des aktuellen Problems mitarbeiten. Polen wird sich nicht verschließen, wenn es darum geht, einen Teil der Last von anderen EU-Ländern zu übernehmen. Jedoch agieren Sie hier zurückhaltend und warten zunächst ab, welche Vorschläge präsentiert werden.

Sie weisen darauf hin, dass auch Polen eine EU-Außengrenze hat. Bei aller Dringlichkeit der Probleme an den südlichen Außengrenzen ist es Ihnen wichtig, dass auch die östliche Außengrenze ausreichend und dauerhaft gesichert wird. Insbesondere die Krise in der Ukraine beobachten Sie mit großer Sorge.

Sie betonen zudem, dass Polen EU-weite Zuweisungsquoten für alle Asylbewerber, die in die EU kommen, ablehnt. Sie fürchten dabei eine Überforderung Ihrer Bevölkerung. Die aktuelle Situation sollte Ihrer Meinung nach nicht zu einer Abkehr vom Dublin-System führen. Vielmehr kann die gegenwärtige Krise durch Regelungen auf freiwilliger Basis gelöst werden.

Ihre Argumente

Polen gilt hauptsächlich als Auswanderungsland. Aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Ost- und Westeuropa fungiert es seit den 1990er Jahren häufig als Transitland für Migranten. Daneben entwickelt es sich als Zielland – vor allem für Migranten aus seinen östlichen Nachbarländern (Ukraine, Weißrussland, Russland) und anderen Teilen der früheren Sowjetunion.

Sollte es jemals zu einer Quotenregelung für Asylbewerber kommen, dann müsste Polen etwa 43 % mehr Flüchtlinge aufnehmen als heutzutage. Dies könnte zu Protesten in den ländlich und konservativ geprägten Teilen der Bevölkerung führen. Während andere EU-Länder mit deutlich steigenden Zahlen von Asylbewerbern rechnen, haben in Polen 2014 5.610 Personen einen Antrag auf Asyl gestellt.

Die Bedingungen für Zuwanderer sind in Polen nicht optimal. Arbeitsmigranten haben keinerlei Ansprüche auf Integrationshilfen, sodass hier vor allem die familiären Netzwerke der Migranten von zentraler Bedeutung sind.

Teilweise werden Flüchtlinge eingesperrt, um sie zu zwingen, ihre Identität offenzulegen. Anschließend werden sie oftmals in ihr Herkunftsland abgeschoben. Im Rahmen einer Reform des Ausländergesetzes im Jahr 2003 wurde jedoch das Konzept einer Duldung (Aussetzung der Abschiebung) eingeführt. Nach etwa einem Jahr können Zuwanderer eine befristete Aufenthaltserlaubnis bekommen.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Portugal



Fläche	92.212 km ²
Einwohnerzahl	10,4 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Lissabon
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	16.600 € (2014)
Arbeitslosigkeit	14,1 % (2014)
Asylbewerber	445 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	40 (2014)

Sie vertreten als Premierminister/-in und Innenminister/-in die Interessen von Portugal auf dem EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Portugal ist, anders als die anderen südlichen Mitgliedstaaten, kein attraktives Ziel für Flüchtlinge, die nach Europa wollen. Im Jahr 2014 verzeichneten Sie insgesamt nur 445 Asylbewerber, dies sind rund 40 Asylsuchende pro Million Einwohner. Obwohl Sie nicht direkt von der Flüchtlingsproblematik betroffen sind, sehen Sie die aktuellen Entwicklungen mit großer Sorge. Solidarität war immer ein grundlegender Wert der EU. Für Sie ist daher das Projekt der europäischen Einigung insgesamt bedroht, sollten sich die Mitgliedsländer nicht auf eine europäische Lösung einigen können. Eine solche gemeinsame Lösung zwischen den EU-Staaten könnte eine Quotenregelung sein. Bei der Festlegung von Quoten ist es Ihnen allerdings wichtig, dass die schwierige finanzielle Lage Portugals angemessen berücksichtigt wird.

Portugal ist durch die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2010 geschwächt. Dennoch sind Sie selbstverständlich bereit, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten Flüchtlinge, z.B. von Malta, aufzunehmen. Zudem könnten Sie sich vorstellen, dass sich Ihr Land stärker an Frontex-Operationen beteiligt. Beispielsweise könnten Schiffe der portugiesischen Küstenwache eingesetzt werden.

Ihre Argumente

Bislang galt die EU als vorbildliches Bündnis der Solidarität zwischen Staaten. Die europäischen Staaten haben immer eine Politik des wechselseitigen Interessenausgleichs verfolgt. Sie verstehen die Forderungen von Italien und den anderen Mittelmeerstaaten. Diese sollten mit der Flüchtlingsproblematik nicht allein gelassen werden. Die gegenwärtige Problematik darf aber nicht zu einer Spaltung der EU führen!

Ihr vorrangiges Ziel ist es, dass auf dem EU-Sondergipfel ein Kompromiss gefunden wird. Sie appellieren daher insbesondere an Deutschland und Frankreich, zu denen Sie gute Beziehungen

unterhalten, auf eine gemeinsame Lösung hinzuarbeiten. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die europäische Solidarität nur eine leere Worthülse ist.

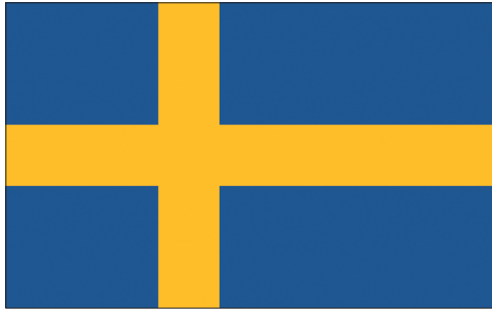
Angesichts Ihrer wirtschaftlichen Lage und Ihrer hohen Arbeitslosigkeit (14,1% im Jahr 2014) sehen Sie sich aber nicht in der Lage, eine sehr große Anzahl an Flüchtlingen aufzunehmen. Ihr aktiver Beitrag hätte eher einen symbolischen Charakter. Eher symbolisch ist auch Portugals Verpflichtung, jährlich etwa 45 UNHCR-Flüchtlinge aufzunehmen.

Portugal ist für viele Flüchtlinge keines der Länder, in das sie unbedingt einwandern möchten. Dementsprechend niedrig ist auch die Zahl der Asylsuchenden. Im ersten Halbjahr 2014 waren dies nur 166 Personen. Im gesamten Jahr 2014 lag die Zahl der Asylbewerber bei 445. Dies sind weniger Asylbewerber als sich 2013 (505) in Portugal aufhielten.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Schweden



Fläche	438.575 km ²
Einwohnerzahl	9,6 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Monarchie
Hauptstadt	Stockholm
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	44.300 € (2014)
Arbeitslosigkeit	7,9 % (2014)
Asylbewerber	81.325 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	8.415 (2014)

Als Ministerpräsident/-in bzw. Minister/-in für Migration und Asylpolitik reisen Sie zum EU-Sondergipfel und vertreten die schwedischen Interessen.

Ihre Position

Sie betreiben seit vielen Jahren grundsätzlich eine offene Einwanderungspolitik. Im Jahr 2012 verzeichnete die für Migrationsfragen zuständige Behörde über 457.000 Aufenthaltsanträge, die meisten aufgrund von Familienzusammenführung, Arbeit oder Studium.

Auch in der Flüchtlings- und Asylpolitik im engeren Sinn sind Sie einer liberalen Haltung und humanen Werten verpflichtet. Schweden begreift sich als Zufluchtsort für Menschen, die vor Verfolgung und Unterdrückung fliehen. Sie möchten der Tendenz in Europa, sich gegen Flüchtlinge abzuschotten, entgegenwirken.

2014 wurden in Schweden über 81.000 Asylbewerber verzeichnet, nur Deutschland hatte eine höhere Anzahl. Bezogen auf die Bevölkerung hatte Schweden 2014 mit ca. 8.400 Asylsuchenden pro Million Einwohner die höchste Asylbewerberquote aller EU-Staaten. Dieser Trend wird sich voraussichtlich auch 2015 fortsetzen.

Ihr übergeordnetes Ziel ist daher die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems. Flüchtlinge sollten überall in der EU denselben Schutz erhalten – auf möglichst hohem Niveau. Alle EU-Mitgliedstaaten sollten sich solidarisch zeigen und die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz teilen. Die EU-weite Verteilung von Flüchtlingen könnte auch über ein „Relocation Program“ umgesetzt werden. Damit ist die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen in einem EU-Land durch andere EU-Staaten gemeint.

Sie setzen sich zudem für die Einrichtung eines gemeinsamen und gemeinsam finanzierten europäischen Flüchtlingsfonds ein.

Ihre Argumente

Eine solidarische Lastenteilung innerhalb der EU kann nur erfolgen, wenn alle Mitgliedstaaten bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. Sie haben 2014 8.000 syrischen Flüchtlingen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht gewährt. Zu einem solchen Schritt konnte sich bisher noch kein anderes EU-Land entschließen. Das „Wegschauen“ der anderen EU-Länder wollen Sie nicht mehr länger akzeptieren. „Wenn das Haus des Nachbarn brennt“, schreibt eine schwedische Tageszeitung, „dann öffnet man die Tür!“. Außerdem hat sich Schweden verpflichtet, jährlich bis zu 1.900 Flüchtlinge zusätzlich aufzunehmen. Damit nehmen Sie innerhalb der EU auch bei den Resettlement-Aktivitäten von UNHCR eine Spitzenposition ein.

Zudem sollte man den Flüchtlingen einen Neubeginn ermöglichen. Deshalb wollen Sie dafür sorgen, dass auch Einwanderer ohne Papiere Zugang zu den Sozial- und Bildungssystemen erhalten. Außerdem fördert Schweden auch zukünftig die Zuwanderung von Arbeitskräften.

Laut einer Umfrage bewerten 65 % der Schweden die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der letzten Jahre positiv. Sie können sich also auf die Unterstützung der Bevölkerung verlassen. Allerdings warnen Sie davor, dass in Schweden die Stimmung in der Bevölkerung kippen könnte, wenn andere Staaten sich weiterhin ihrer Verantwortung entziehen. Bereits in den letzten Jahren haben fremdenfeindliche Übergriffe zugenommen.

Sie verweisen auch darauf, dass Schweden seiner Verantwortung gegenüber Entwicklungsländern gerecht wird. Schweden leistet gemessen an seiner Wirtschaftskraft mit über 4 Mrd. EUR weltweit einen der größten Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Slowenien



Fläche	20.273 km ²
Einwohnerzahl	2,1 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Ljubljana
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	18.100 € (2014)
Arbeitslosigkeit	9,7 % (2014)
Asylbewerber	385 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	185 (2014)

Sie sind Ministerpräsident/-in und Innenminister/-in Sloweniens und vertreten die Interessen Ihres Landes auf dem EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Sie sind aufgrund Ihrer geographischen Lage nicht unmittelbar von einer größeren Flüchtlingswelle betroffen. 2014 verzeichneten Sie 385 Asylbewerber. Grundsätzlich sehen Sie dennoch Flüchtlingsfragen als europäisches Problem, das einer europäischen Lösung bedarf. Als kleines EU-Land sind Sie bereit, entsprechend Ihrer Größe einen Beitrag zu leisten.

Sie denken, dass es sich hierbei um eine humanitäre Krise handelt und man als modernes europäisches Land eigentlich verpflichtet ist, einen Teil der Last zu tragen. Allerdings lässt es die wirtschaftliche Situation in Slowenien derzeit nicht zu, sehr viel mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Einer automatischen Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedstaaten nach einer Quotenregelung stehen Sie deswegen eher ablehnend gegenüber.

Denkbar wäre, dass alle Mitgliedstaaten sich intensiver an den Frontex-Missionen im Mittelmeer beteiligen, um Flüchtlinge zu retten und die Schleuserkriminalität zu bekämpfen.

Ihre Argumente

Sie beteiligten sich an der mittlerweile beendeten italienischen Rettungsmission „Mare Nostrium“, bei der schon tausenden Flüchtlingen das Leben gerettet werden konnte. Ganz Europa sollte Ihrem Beispiel folgen und seinen Teil zur Lösung der Flüchtlingsproblematik beitragen, beispielsweise durch finanzielle und personelle Unterstützung einer gemeinsamen Rettungsmission im Rahmen von Frontex. Wenn es um humanitäre Zwecke geht, muss man den Menschen in solch schwierigen Situationen helfen. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen muss aber der Aspekt der Sicherheit im Auge behalten werden. Es darf nicht dazu kommen, dass Terroristen Zugang ins Land erhalten.

Slowenien war nach seiner Unabhängigkeit von zwei großen Flüchtlingswellen betroffen. Anfang der 1990er Jahre sind rund 70.000 Flüchtlinge vor dem Krieg auf dem Balkan zu Ihnen geflohen und später kamen wegen des Irak-Kriegs etwa 40.000 Flüchtlinge nach Slowenien. Den befürchteten massenhaften Flüchtlingsansturm in naher Zukunft halten Sie für eher unwahrscheinlich. Bei der Lösung der akuten Krise sollten sich Ihrer Meinung nach in erster Linie die großen Mitgliedstaaten solidarisch zeigen.

Die Anzahl von Asylbewerbern ist in Slowenien vergleichsweise gering. 2014 stellten in Ihrem Land 355 Personen einen Asylantrag.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Spanien



Fläche	505.991 km ²
Einwohnerzahl	46,5 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Monarchie
Hauptstadt	Madrid
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	22.800 € (2014)
Arbeitslosigkeit	24,5 % (2014)
Asylbewerber	5.615 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	120 (2014)

Sie vertreten als Regierungspräsident/-in und Innenminister/-in die Position von Spanien auf dem EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Viele Jahre lang war Spanien das Hauptziel für afrikanische Flüchtlinge, allein 2006 landeten ca. 30.000 Flüchtlinge auf den Kanarischen Inseln. Trotz der daraufhin verschärften Überwachung Ihrer Grenzen versuchen in den letzten Monaten wieder mehr Menschen, über Spanien in die EU zu gelangen.

Sie unterstützen daher Italien und die anderen südlichen Mitgliedstaaten in der Forderung nach einer europäischen Lösung. Das Flüchtlingsproblem betrifft nicht nur die Mittelmeeranrainer alleine, sondern ganz Europa. Daher fordern Sie auch eine gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, insbesondere eine Reform des Dublin-Systems. Einer EU-weiten Quotenregelung stehen Sie generell offen gegenüber. Sie könnten z.B. mit einer Regelung auf freiwilliger Basis leben. Notwendig ist Ihrer Meinung nach auch eine Erweiterung der Frontex-Mission. Allerdings sehen Sie die Notwendigkeit, die Frontex-Mitarbeiter ausdrücklich zu verpflichten, Menschen in Seenot zu retten.

Ihr Land befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Ähnlich wie Italien fordern Sie in dieser Situation die Hilfe der anderen Mitgliedsländer bei dem Problem der illegalen Einwanderung. Diese sollte von der EU entschlossen bekämpft werden. Allerdings sollten Flüchtlinge, die nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern wegen politischer oder religiöser Verfolgung nach Europa kommen, aufgenommen werden. Das gebieten die Genfer Flüchtlingskonvention und die von der EU international vertretenen Menschenrechte.

Die gemeinsame Flüchtlingspolitik der EU könnte über einen europäischen Flüchtlingsfonds finanziert werden. Auch sollten die Mitgliedstaaten und die Vertreter der EU sich auf eine solidarische und faire Verteilung der Flüchtlinge in Europa einigen.

Ihre Argumente

Sie sind der Meinung, dass sich Europa schon bald mit einer großen Zahl an weiteren Flüchtlingen konfrontiert sehen wird. Nach Informationen Ihres Innenministeriums warten allein in Marokko und Mauretanien 80.000 Menschen darauf, nach Spanien zu gelangen. Es wäre daher fatal, nichts zu unternehmen, die Augen zu schließen und abzuwarten, was passiert.

Spanien teilt als einziges EU-Land durch die Exklaven Melilla und Ceuta an der marokkanischen Mittelmeerküste eine Landgrenze mit Afrika. Sie sind daher ein begehrtes Ziel afrikanischer Migranten. In Melilla versuchen die Flüchtlinge, über den sieben Meter hohen Grenzzaun zu gelangen. In Ceuta versuchen die Flüchtlinge vor allem über das Wasser einzureisen. Ihre Exklaven sind stark gesichert, dennoch schaffen es immer wieder größere Gruppen auf spanisches Gebiet. Auch die Kanarischen Inseln sind immer noch das Ziel von Flüchtlingen. Die Bekämpfung von Schlepperbanden sehen Sie daher als sehr wichtig an.

Im Jahr 2014 lag die Arbeitslosenquote bei 24,1 Prozent (Jugendarbeitslosigkeit 53,5 Prozent). Spanien ist daher nicht bereit, „Wirtschaftsflüchtlinge“ aufzunehmen, da in der eigenen Bevölkerung die Arbeitslosigkeit noch immer sehr hoch ist. Vielmehr fordern Sie eine EU-weite Solidarität. Die Lasten und Herausforderungen durch die hohe Zuwanderung müssen Ihrer Meinung nach gemeinsam gelöst werden. Trotz der eigenen schwierigen wirtschaftlichen Situation unterstützen Sie UNHCR, indem Sie jährlich bis zu 100 Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement-Programmen aufnehmen.

Während für Ihr Land die Flüchtlingsproblematik von besondere Bedeutung ist, spielt die Asylproblematik eine wesentlich geringere Rolle. In Spanien stellten 2014 5.460 Menschen einen Antrag auf Asyl. Viele Flüchtlinge wollen nicht in Spanien bleiben, sondern versuchen, in die mitteleuropäischen Länder zu gelangen.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Ungarn



Fläche	93.024 km ²
Einwohnerzahl	9,9 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Budapest
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	10.500 € (2014)
Arbeitslosigkeit	7,7 % (2014)
Asylbewerber	42.775 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	4.330 (2014)

Sie sind Ministerpräsident/-in und Innenminister/-in Ungarns und vertreten Ihr Land gemeinsam beim EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Ungarn sieht sich von der aktuellen Flüchtlingsproblematik im Süden der EU nicht direkt betroffen. Entsprechend gering ist Ihre Bereitschaft, sich dort stärker zu engagieren und mehr Solidarität mit den südlichen EU-Ländern zu zeigen. Sie verweisen darauf, dass Sie ebenfalls mit einer starken Zunahme der Asylbewerberzahlen zu kämpfen haben. Diese Asylsuchenden kommen hauptsächlich aus Staaten des Westbalkans (ehemaliges Jugoslawien) und dem östlichen Europa zu Ihnen.

Insbesondere die Aufnahme weiterer Flüchtlinge und Asylbewerber in Ihrem Land lehnen Sie ab. Sollten andere Staaten Ihnen vorwerfen, Sie würden eine rechtspopulistische Politik betreiben, können Sie darauf verweisen, dass sich sehr wohl Asylbewerber und Flüchtlinge in Ungarn aufhalten. Wie Ungarn mit ihnen verfährt, ist für sie eine nationale und keine EU-Angelegenheit. Daher lehnen Sie auch eine gemeinsame EU-weite Asylpolitik ab. Andere EU-Staaten können sich gerne auf freiwilliger Basis gegenseitig helfen. Eine verbindliche Quotenregelung sehen Sie als Eingriff in die nationale Souveränität kritisch.

Einer Ausweitung des Schutzes der EU-Außengrenzen können Sie zustimmen. Sie halten jedoch auch Kontrollen an den nationalen Grenzen innerhalb der EU für sinnvoll, um nicht gewollte Wanderungen zwischen den EU-Staaten zu unterbinden, obwohl solche Grenzkontrollen dem Sinn des Schengen-Abkommens widersprechen. Außerdem müssen auch die östlichen EU-Außengrenzen ausreichend gesichert werden. Der Schwerpunkt sollte dabei auf der Bekämpfung von illegaler Einwanderung und von Schleuserkriminalität liegen.

Ihre Argumente

Ungarn hat eine sehr restriktive Asylpolitik. Es kann vorkommen, dass Asylbewerber monatelang in Haft sind (Migrationshaft). Wenn ein Antrag abgelehnt wurde, gibt es generell Abschiebehaft. Ungarn wird vorgeworfen, Flüchtlinge wie Verbrecher zu behandeln. Beispielsweise kommt es vor, dass Flüchtlinge ohne Verfahren in die Länder abgeschoben werden, aus denen sie eingereist sind, auch wenn es dort keinen ausreichenden Schutz von Flüchtlingen gibt.

In den anderen EU-Ländern ist man teilweise über die Fremdenfeindlichkeit, den Rassismus und die Intoleranz gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden in Ungarn besorgt. Auch die harten Haftbedingungen, denen Asylsuchende ausgesetzt sind, werden immer wieder kritisiert. Die ungarische Regierung plant eine Volksbefragung zur Flüchtlingspolitik, um den Willen der Bevölkerung in Erfahrung zu bringen.

Ungarn ist für viele Flüchtlinge eher ein Durchreiseland. Viele Einwanderer versuchen, weiter nach Österreich oder Deutschland zu gelangen. Die sehr strenge Asylpolitik schreckt viele Flüchtlinge ab, dort einen Asylantrag zu stellen. Auch das gesellschaftliche Klima ist eher ablehnend. Aktuell haben Sie mit einer sprunghaften Zunahme der Asylanträge zu kämpfen. Im zweiten Halbjahr 2014 stellten über 24.000 Personen einen solchen Antrag. Damit hat sich die Antragszahl mehr als verfünffacht!

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Vereinigtes Königreich



Fläche	248.528 km ²
Einwohnerzahl	64,3 Millionen (2014)
Regierungsform	Parlamentarische Monarchie
Hauptstadt	London
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	34.400 € (2014)
Arbeitslosigkeit	6,1 % (2014)
Asylbewerber	31.945 (2014)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	495 (2014)

Sie sind Premierminister/-in und Innenminister/-in und vertreten die Interessen des Vereinigten Königreichs auf dem EU-Sondergipfel.

Ihre Position

Angesichts der menschlichen Katastrophe im Mittelmeer ist Großbritannien bereit, sich an der Rettung von Schiffbrüchigen zu beteiligen. Sie weigern sich aber strikt, auch nur einen nordafrikanischen Flüchtling aufzunehmen und auch in Zukunft werden Sie jede Anfrage, Migranten und Flüchtlinge aus Tunesien und Libyen aufzunehmen, mit einem klaren Nein beantworten. Allerdings haben Sie bisher ca. 2.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, die vor dem Bürgerkrieg geflohen sind. Außerdem nehmen Sie jährlich etwa 750 Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlement-Programms auf.

Sie setzen auf Hilfe vor Ort, denn die Menschen werden in ihrer Heimat benötigt, um an einer stabilen politischen und wirtschaftlichen Ordnung in ihren Herkunftsländern mitzuwirken. Großbritannien hat sich beispielsweise bei dem Militäreinsatz in Libyen beteiligt. Kein anderes EU-Land hat so viel Geld für humanitäre Hilfe in Syrien ausgegeben wie Sie: bisher ca. 200 Mio. EUR.

Flüchtlinge und Einwanderer sind Sache der Nationalstaaten und nicht der EU, das sollte auch so bleiben. Gemeinsame europäische Lösungen lehnen Sie ab. Sie sprechen sich, wie z.B. auch Polen oder Lettland, entschieden gegen eine EU-weite Quotenregelung aus. Von dieser Position lassen sie sich nicht abbringen.

Sie werden daher auch weiterhin am Dublin-System festhalten und Einwanderer in die südlichen Mitgliedstaaten zurücksenden. Sie sehen dies nicht als Solidaritätsbruch, da diese Länder Ihrer Meinung nach nicht überfordert sind. Ihrer Meinung nach hat sich das Dublin-System bewährt.

Eine Ausweitung der Frontex-Mission betrachten Sie dagegen als sinnvoll, um illegale Migration besser zu verhindern. Hier zeigen Sie sich kompromissbereit und würden auch in Zukunft Mittel, Personal und Ausrüstung bereitstellen.

Ihre Argumente

Ihre nationale Souveränität ist Ihnen sehr wichtig, dazu gehört auch die Flüchtlingspolitik. Sie wollen weiterhin selbst entscheiden, wer in Ihr Land kommt. Sie können auch darauf verweisen, dass in Teilen Ihrer Bevölkerung eine EU-kritische Stimmung herrscht. Auch eine Ausweitung der Zuwanderung wird von diesen Personen abgelehnt. Das Dublin-System hat sich Ihrer Meinung nach bislang bewährt und sollte daher nicht geändert werden. Sie verweisen dabei auf die bereits durchgeführten moderaten Reformen an diesem System.

Auch in Großbritannien gibt es viele Einwanderer und aktuell fast 32.000 Asylsuchende. Trotzdem fühlen Sie sich nicht sofort überfordert. Deutschland, Frankreich und Großbritannien hatten in den vergangenen Jahren immer mehr Asylbewerber als Italien. Keines dieser Länder war damit überfordert. Sie werden auch weiterhin jeden Migrant, der nachweislich aus Italien zu Ihnen gekommen ist, dorthin zurückschicken.

Großbritannien ist ein klassisches Einwanderungsland. Durch die Vergangenheit als Kolonialmacht sind in den vergangenen Jahrzehnten viele Migranten nach Großbritannien gekommen. In den 1950er und 1960er Jahren sind viele Einwanderer aus Afrika, der Karibik und dem indischen Subkontinent nach Großbritannien ausgewandert.

Großbritannien beteiligt sich nicht am Schengen-Raum. Sie erachten Grenzkontrollen für die nationale Sicherheit noch immer als sehr wichtig. In den Bereichen Justiz und Polizei arbeiten Sie jedoch mit anderen EU-Staaten zusammen.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

Europäische Kommission



Sie nehmen als Präsident/-in der Europäischen Kommission bzw. als Innenkommissar/-in am Sondergipfel teil und vertreten die Europäische Kommission.

Ihre Position

Sie sind von den katastrophalen Ereignissen tief betroffen und betonen, dass die EU alles tun müsse, um solche Unglücke an den EU-Außengrenzen in Zukunft zu verhindern! Sie erinnern an die Pflicht der EU, sich der Menschen anzunehmen, die Schutz vor Verfolgung brauchen.

Sie haben 2013 den direkt betroffenen Staaten wie Italien Soforthilfen in Höhe von 30 Mio. Euro zugesagt. Dauerhaft kann den südlichen EU-Staaten geholfen werden, indem zum Beispiel Finanzmittel aus einem europäischen Fonds bereitgestellt werden.

Es muss aber auch daran erinnert werden, dass Flüchtlingspolitik nicht nur die Mittelmeerstaaten betrifft. Schließlich wurden 2014 fast zwei Drittel aller Asylbewerber in der EU in Deutschland, Schweden, Frankreich und Italien gezählt.

Insgesamt sind Sie dafür, dass die EU mehr Flüchtlinge aufnimmt und diese gerecht und solidarisch unter den Ländern verteilt. Dies kann durch eine Quotenregelung geschehen, bei der Ländergröße, Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft und Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden. Mit einem gemeinsamen EU-Programm sollen die Kapazitäten für die Aufnahme gesteigert werden.

Sie unterstützen außerdem die Idee einer von den Mitgliedstaaten gemeinsam durchgeführten Frontex-Operation im gesamten Mittelmeer. Dabei soll es darum gehen, Menschenleben zu retten, aber auch die Schleuserkriminalität weiter zu bekämpfen. Eine solche Mission könnte durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates legitimiert werden.

Sie verhandeln mit nordafrikanischen Staaten darüber, Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Im Gegenzug bieten sie mehr finanzielle Hilfe durch die EU an. Diese „Mobilitätspartnerschaften“ mit Herkunfts- und Transitländern sollten ausgeweitet werden. Auch sollten durch die EU-Entwicklungspolitik die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessert werden. Und die EU-Länder sollten sich für Demokratie und Rechtstaatlichkeit einsetzen.

Sie erinnern daran, dass die EU-Staaten auf die Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen sind. Gleichzeitig schlagen sie vor, die Kontrollen an den EU-Außengrenzen zu verschärfen, um Menschenhandel und illegale Einwanderung zu stoppen. Daher hat die Kommission eine Europäische Migrationsagenda beschlossen. Darin sind die aus Sicht der Kommission wichtigen Grundsätze und Maßnahmen auf diesem Gebiet für die Jahre 2015 bis 2020 festgeschrieben. Die vier Bereiche dieser Agenda sind eine gemeinsame Asylpolitik, die Bekämpfung von Menschenhandel, die Prävention illegaler Zuwanderung und eine neue Politik zu legaler Migration.

Ihre Argumente

Die EU ist eine Solidaritätsgemeinschaft. Die Aufnahme von Asylsuchenden durch alle EU-Staaten ist daher ein Akt der Solidarität. Außerdem sollte das Thema Migration mit einer ganzheitlichen und längerfristigen Strategie angegangen werden.

Sie sehen die Möglichkeit, dass weitere Flüchtlinge aufgenommen werden können. Laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk nehmen die Industrieländer weltweit nur 14 Prozent aller Flüchtlinge auf. Die EU sollte mehr für den Flüchtlingsschutz tun. Aktuell stehen jährlich etwa 900 Mio. Euro für die humanitäre Hilfe zur Verfügung.

Die Europäische Kommission weist darauf hin, dass die europäische Bevölkerung immer älter wird. Bis 2020 werden rund 20 Millionen legale Einwanderer gebraucht, die auch Steuern und Sozialabgaben leisten. Nur so können die europäischen Sozialsysteme finanzierbar bleiben. Der Wohlstand in Europa hängt also auch davon ab, wie Zuwanderer in die Arbeitswelt integriert werden.

Da mit dem Schengen-Abkommen die Grenzkontrollen zwischen den teilnehmenden Staaten abgeschafft wurden, ist es nicht zulässig, diese nun wieder einzuführen. Für zeitweilige Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums sind Sie offen, etwa bei einem plötzlichen Flüchtlingsansturm.

Das Dublin-System muss weiter verändert werden. Es bedarf eines EU-weiten Asylsystems. Die 2014 in Kraft getretenen Änderungen gehen Ihnen nicht weit genug. Außerdem sollte es einen Mechanismus für den Fall geben, dass EU-Länder von einem plötzlichen Flüchtlingsansturm betroffen sind (Quotenregelung für Asylsuchende und Flüchtlinge).

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie Ihre Position heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position der Europäischen Kommission, das Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit den Vertreter/-innen der EU-Länder aus.

Präsident/-in des Europäischen Rates



Sie sind Präsident/-in des Europäischen Rates und haben die Vertreter/-innen der EU-Staaten sowie der Europäischen Kommission zu diesem Sondergipfel eingeladen.

Sie bereiten die Treffen der Staats- und Regierungschefs vor, machen politische Vorschläge und leiten die Sitzungen. Sie sind verantwortlich für den reibungslosen Ablauf des Sondergipfels zur Asyl- und Flüchtlingsproblematik und die Einhaltung der Geschäftsordnung. Diese können Sie zu Beginn des Sondergipfels auch vorstellen. Sie versuchen, zwischen den unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten zu vermitteln. Ihr Interesse ist es, am Ende der Sitzung einen tragfähigen Kompromiss zu finden, mit dem alle EU-Staaten einverstanden sind.

Ihre Position

Sie vertreten die EU nach außen und haben die Rolle eines Moderators in der Runde der Staats- und Regierungschefs. Richten Sie danach auch Ihr Auftreten. Ihr Ziel ist es, möglichst alle Anwesenden einzubinden und einen Kompromiss zu erzielen. Sie möchten am Ende des Gipfels eine Einigung vermelden können, damit die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen kann.

Sie stimmen sich mit der Europäischen Kommission ab, um eine gemeinsame Position zu finden. Es ist wichtig, dass die EU-Organe mit einer Stimme sprechen. Falls die Vorschläge der Kommission für die EU-Staaten zu weitreichend sind, sollten Sie auch die Position der Kommission für einen möglichen Kompromiss angemessen berücksichtigen.

Lassen Sie zunächst alle Länder und die Kommission ihre jeweiligen Positionen vorstellen. Anschließend können Sie in offener Debatte und informellen Verhandlungen versuchen, einen Kompromiss zu finden.

Falls es einzelne Punkte gibt, bei denen die Meinungen zu weit auseinanderliegen, können Sie diese auch ausklammern. Versuchen Sie aber immer, dass wenigstens in einigen Punkten Einigkeit zwischen den Mitgliedsländern besteht.

Ihre Argumente

Flüchtlingsorganisationen schätzen, dass in den letzten 15 Jahren ca. 23.000 Menschen auf dem Weg in die EU ums Leben gekommen sind. Für die EU, die sich international für die Menschenrechte einsetzt, ist die aktuelle Situation nicht tragbar.

Sie wissen, dass Flüchtlingspolitik, Asyl und Migration Bereiche sind, die lange Zeit von den einzelnen Mitgliedstaaten und nicht von der EU geregelt wurden. Auch heute entscheiden letzten Endes die Mitgliedstaaten darüber, ob es in diesen Fragen gemeinsame Lösungen gibt. Diese Tatsache müssen Sie respektieren.

Sie erinnern aber daran, dass die Solidarität ein Grundsatz der EU ist und dass die Mitgliedstaaten auch bei diesen Themen seit einigen Jahren schon zusammenarbeiten. Deshalb sollten alle Akteure an einer gemeinsamen Lösung interessiert sein. Erinnern Sie auch daran, dass die Europäische Union sich ihrer internationalen Verantwortung stellen muss. Als wirtschaftlich starke Region trägt die EU Mitverantwortung für eine sichere und friedliche Welt.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie Ihre Position heraus.
- Verfassen Sie eine kurze Eröffnungsrede, mit der Sie den Sondergipfel eröffnen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen zu vermitteln und Kompromisse auszuhandeln.

Freie/r Journalist/in

Sie sind freie/r Journalist/-in und arbeiten für verschiedene überregionale Zeitungen.

Ihre Position

Politikexperten haben den Vorschlag gemacht, durch sogenannte Mobilitätspartnerschaften Staaten die Möglichkeit zu geben, eine bestimmte Anzahl von Arbeitsmigranten für eine begrenzte Zeit in ein EU-Land zu senden. Was halten die EU-Staaten davon? Sind die Länder in der EU bereit, die Voraussetzungen zu schaffen, dass mehr Migranten nach Europa kommen können?

Die EU könnte an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie sich beim Flüchtlingsschutz nicht an ihre eigenen Werte hält. Mit der Genfer Flüchtlingskonvention haben sich die EU-Staaten verpflichtet, Flüchtlinge zu schützen. Müssen die EU-Staaten und EU-Organe in der aktuellen humanitären Katastrophe nicht mehr Engagement zeigen?

Die Bedingungen, unter denen Flüchtlinge in einigen EU-Mitgliedstaaten leben müssen, werden von Menschenrechtsorganisationen und dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR seit Jahren kritisiert. Mitarbeiter von Human Rights Watch fanden im griechischen Auffanglager Fylakio überfüllte Räume vor. Das Abwasser lief über den Boden, der Geruch war nur schwer zu ertragen. Die griechischen Wächter trugen einen Mundschutz, wenn sie den Korridor zwischen den großen, vergitterten Zellen betraten.

Sie fragen sich, ob die europäische Grenzschutzagentur Frontex eine Mitschuld trägt, wenn sie Flüchtlinge wissentlich Bedingungen aussetzt, die eindeutig gegen internationale Menschenrechtsstandards verstoßen. Fraglich ist, ob die EU-Staaten vor diesem Hintergrund die Regeln für Frontex-Einsätze verschärfen sollten.

Rolle als Journalist/-in

Sie wollen die Öffentlichkeit darüber informieren, welche Ergebnisse auf dem Sondergipfel erzielt wurden. Dabei legen Sie einen Schwerpunkt auf die negativen Seiten der EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik. Sie versuchen, überall präsent zu sein, müssen aber damit leben, falls es zu geheimen Gesprächen und Verhandlungen kommen sollte.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie Ihre Position heraus.
- Versuchen Sie, während der Verhandlungen so viele Eindrücke, Meinungen und Informationen wie möglich zu sammeln.
- Schreiben Sie regelmäßig kurze Berichte und Schlagzeilen über den Verlauf des Sondergipfels.

Pressereferent/-in von PRO ASYL

Sie arbeiten in der Öffentlichkeits- und Presseabteilung von PRO ASYL, einer zivilgesellschaftlichen Initiative, die sich für die Rechte von Flüchtlingen einsetzt.

Ihre Position

Sie setzen sich dafür ein, dass die EU-Staaten in der Asyl- und Flüchtlingspolitik eine gemeinsame Position finden, die die Lebensumstände von Flüchtlingen besser berücksichtigt. Sie fragen, ob die EU nicht schon zu lange die Augen verschlossen hat.

Sie haben selbst mit Betroffenen in italienischen Auffanglagern gesprochen. Die Auffanglager sind überfüllt und die Flüchtlinge sind oft auf sich selbst gestellt. Sie fragen sich, was Italien unternehmen möchte. Auch die anderen EU-Staaten und die EU-Vertreter auf dem Sondergipfel sind Ihrer Meinung nach hier gefragt. Viele Flüchtlinge berichteten, wie gefährlich die Überfahrt nach Europa war. Viele haben alles verkauft, um mit dem Geld Schleuser bezahlen zu können.

Die Zustände in Griechenland stellen sich noch dramatischer dar. Hier gibt es für viele Einwanderer so gut wie gar keinen Schutz. Die EU-Kommission könnte ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland wegen Verletzung aller zentralen europäischen Asylrichtlinien einleiten.

Sie fragen sich, was die EU-Staaten unter Solidarität verstehen, wenn diese es nicht schaffen, eine gemeinsame Lösung in der Flüchtlingsfrage zu finden.

Sie wissen, dass vielen Flüchtlingen ihr Recht auf Zugang zum Asylverfahren in den östlichen EU-Staaten verwehrt wird und sie bereits an den EU-Außengrenzen abgewiesen werden. In den Ländern außerhalb der EU landen sie in Haftlagern und werden ohne ein rechtsstaatliches Verfahren festgehalten. PRO ASYL fordert, dass die EU Verantwortung übernimmt und solche Zurückweisungen unterbunden werden.

Rolle als Journalist/-in

Sie wollen die Öffentlichkeit darüber informieren, welche Ergebnisse auf dem Sondergipfel erzielt wurden. Dabei schauen Sie aus dem Blickwinkel einer Flüchtlingshilfsorganisation auf die EU-weite Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie Ihre Position heraus.
- Versuchen Sie, während der Verhandlungen so viele Eindrücke, Meinungen und Informationen wie möglich zu sammeln.
- Schreiben Sie regelmäßig kurze Berichte und Schlagzeilen über den Verlauf des Sondergipfels.

Journalist/in im Auftrag des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR)

Sie sind Journalist/-in im Auftrag von UNHCR. Dort schreiben Sie für den Newsletter von UNHCR und veröffentlichen Artikel auf der Homepage.

Ihre Position

Im Jahr 2013 waren weltweit 51,2 Millionen Menschen auf der Flucht, davon waren rund 16,7 Millionen internationale Flüchtlinge. Fast die Hälfte aller Flüchtlinge kommt aus den Ländern Syrien, Afghanistan, Somalia und Sudan. Im ersten Halbjahr 2014 zählte UNHCR über 5 Millionen neue Vertriebene und Flüchtlinge. Die meisten Flüchtlinge leben in Pakistan (ca. 1,6 Mio.) und im Libanon (1,1 Mio.). Mitte 2014 lebten in Europa weniger als 10 Prozent der Flüchtlinge weltweit. Über 60 Prozent der Flüchtlinge sind in asiatischen Ländern zu finden. Dies liegt daran, dass die meisten Menschen in ihre Nachbarländer fliehen.

Ist die Angst in Europa vor der Masse der Flüchtlinge aus Afrika angesichts dieser Tatsachen noch gerechtfertigt? Und müsste die EU nicht mehr für die Flüchtlinge weltweit tun? UNHCR fordert, dass die EU-Staaten jährlich 20.000 Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement-Programmen aufnehmen, angesichts des Wohlstandes in den EU-Staaten eine für Sie machbare Aufgabe.

Ihrer Meinung nach müssen die Länder dafür sorgen, dass Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion friedlich zusammenleben können. Der Aufbau von toleranten und offenen Gesellschaften ist ein langsamer und sensibler Prozess. Es ist die Aufgabe aller Staaten, dies anzuerkennen und dementsprechend zu agieren. Flüchtlinge dürfen nicht zu Opfern einer Anti-Einwanderungshaltung und -politik werden. Wie sehen das Länder mit restriktiver Politik, z.B. Dänemark, Polen oder Ungarn?

Rolle als Journalist/-in

Sie wollen die Öffentlichkeit darüber informieren, welche Ergebnisse auf dem Sondergipfel erzielt wurden. Dabei schauen Sie aus dem Blickwinkel einer Flüchtlingshilfsorganisation auf die EU-weite Asyl- und Flüchtlingspolitik. Sie versuchen, überall präsent zu sein, müssen aber damit leben, falls es zu geheimen Gesprächen und Verhandlungen kommen sollte.

Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie Ihre Position heraus.
- Versuchen Sie, während der Verhandlungen so viele Eindrücke, Meinungen und Informationen wie möglich zu sammeln.
- Schreiben Sie regelmäßig kurze Berichte und Schlagzeilen über den Verlauf des Sondergipfels.



Geschäftsordnung des Europäischen Rates

Art. 1

Die Ratssitzungen werden vom Präsidenten des Europäischen Rates* eröffnet und geleitet.

Art. 2

An allen Verhandlungen nimmt auch der Präsident der Europäischen Kommission* teil. Bei speziellen Tagesordnungspunkten können weitere Kommissare* hinzugezogen werden. Alle Vertreter* der Kommission verfügen über das volle Rederecht, sind jedoch nicht stimmberechtigt.

Art. 3

Der Vorsitz legt in Einverständnis mit den Vertretern* der anderen Mitgliedstaaten die Tagesordnung und den Zeitplan der Sitzungen fest.

Art. 4

Die Sitzungen beginnen mit einem „Tour de Table“, in dem jedes Mitglied des Rates ein kurzes Statement zum jeweiligen Tagesordnungspunkt abgibt.

Art. 5

Der Vorsitz ist verantwortlich für die Einhaltung dieser Geschäftsordnung und die ordentliche Durchführung der Verhandlungen. Er erteilt das Rederecht und kann hierfür eine zeitliche Höchstdauer für die einzelnen Redebeiträge festlegen.

Art. 6

Es gilt während der gesamten Ratssitzung die höfliche Anrede.

Art. 7

Die endgültige Beschlussfassung erfolgt grundsätzlich einstimmig durch die EU-Mitgliedstaaten. Die Auffassungen der Kommission werden hierbei berücksichtigt. Das Ergebnis wird schriftlich in einem Abschlussdokument festgehalten.

Art. 8

Der Präsident des Europäischen Rates* verkündet das Ergebnis und schließt das Gipfeltreffen. Die Vertreter der Mitgliedsstaaten unterzeichnen das Abschlussdokument.

* weibliche Form inbegriffen



Abschlusserklärung des Europäischen Rates

vom _____._____201_

DER EUROPÄISCHE RAT HAT FOLGENDE GEMEINSAME SCHLUSSFOLGERUNG
ANGENOMMEN:

M6: Glossar zum Planspiel

Genfer Flüchtlingskonvention

Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge wurde 1951 verabschiedet. Es definiert, wer als Flüchtling bezeichnet werden kann, welche Pflichten, v. a. aber welche Rechte dieser besitzt. Neben Rechten wie z.B. dem Schutz vor Diskriminierung ist ein Flüchtling vor Ausweisung geschützt: „Keiner der vertragsschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.“ (Art.33 I GFK)

Flüchtling

Ein Flüchtling ist eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.“ (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, Definition UNHCR)

Illegale Einwanderung

Als sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet man „illegale“ Einwanderer, die in ihrem Heimatland nicht verfolgt wurden, sondern aufgrund der dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse fliehen. Wirtschaftsflüchtlinge kommen in der Hoffnung auf Arbeit und Wohlstand nach Europa. Oft ist es schwierig, Flüchtlinge und „illegale“ Einwanderer zu

unterscheiden. „Illegale“ Einwanderer können ohne Papiere nach Europa reisen und dort angeben, in ihrem Heimatland politisch oder religiös verfolgt zu werden. Die Überprüfung der Angaben ist oftmals schwierig.

Asylbewerber

Ein Asylbewerber ist ein Einwanderer, der in einem fremden Staat einen Asylantrag stellt, d.h. um Aufnahme und Schutz bittet. Im Laufe des Asylverfahrens kann festgestellt werden, dass es sich bei dem Asylsuchenden um einen Flüchtling handelt, sodass der Staat verpflichtet ist, diesem Schutz zu gewähren.

FRONTEX

Durch den Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der EU-Staaten schützen die EU-Staaten ihre Außengrenzen nun gemeinsam. Hierfür wurde 2004 die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU (Frontex) gegründet.

Frontex koordiniert und unterstützt die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen. Durch eigene Frontex-Missionen (z.B. „Triton“ und „Poseidon“) soll die Sicherung der EU-Außengrenzen gewährleistet werden. Hierbei kam es auch vor, dass Flüchtlingsboote z.B. auf hoher See abgefangen und zurück zu ihrem Ursprungshäfen eskortiert wurden. Des Weiteren bildet Frontex Grenzschutzbeamte aus.

Frontex wird von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen kritisiert, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, das Seerecht und die Genfer Flüchtlingskonvention zu verstoßen. Frontex würde auf hoher See nicht prüfen, ob sich Asylberechtigte auf

den Flüchtlingsbooten befinden. Frontex hingegen behauptet, den Flüchtlingen zu helfen, sie sogar zu retten und sie nicht zur Umkehr zu zwingen.

Dublin-System

Das Dublin-System (mittlerweile Dublin III-Verordnung) ist Teil des EU-Rechts. Es erlaubt einem Staat, Flüchtlinge bereits an seiner Grenze abzuschieben, sofern sie über einen anderen EU-Staat einreisen. Kommt also ein Flüchtlingsboot an der italienischen Küste an und reisen die Flüchtlinge anschließend nach Deutschland weiter, kann Deutschland diese nach Italien abschieben, da Italien als EU-Land für das Asylverfahren zuständig ist. Natürlich kann ein Staat Flüchtlingen auch freiwillig gestatten, das Asylverfahren im eigenen Land zu durchlaufen.

Hintergrund der Dublin-Verordnung war die Schaffung einer europaweiten Zuständigkeitsregelung, die mit der Abschaffung nationalstaatlicher Grenzkontrollen notwendig geworden war. Einerseits sollte das sogenannte „asylum shopping“ (Asylanträge in verschiedenen Ländern durch den selben Flüchtling) unterbunden und andererseits verhindert werden, dass Asylsuchende zwischen Mitgliedstaaten hin- und her geschoben werden, ohne Chance auf inhaltliche Prüfung ihres Anliegens.

Kritisiert wird an dieser Regelung, dass die Asylverfahren in den Ländern stark variieren und dass das Dublin-System die Flüchtlingsproblematik auf die EU-Grenzstaaten abwälzt.

Mit der Dublin III-Verordnung von 2013 dürfen Asylbewerber nur dann abgeschoben werden, wenn gegen das Asylverfahren in

dem jeweiligen Land keine Bedenken bestehen. Bedenken gibt es beispielsweise, wenn in einem Land die Zustände in den Unterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge unzumutbar sind.

Der Schengen-Raum

Die Schengen-Übereinkunft ist ein Abkommen der meisten EU-Staaten und einiger europäischer Nicht-EU-Staaten. Es regelt den kontrollfreien grenzüberschreitenden Verkehr zwischen diesen Staaten. Das Territorium dieser Staaten bezeichnet man als Schengen-Raum. Die Schengen-Staaten verfolgen eine gemeinsame Visa-Politik und sichern ihre Außengrenzen nach gemeinsamen Standards.

Solidarität

Der Ausdruck Solidarität kann einerseits das Gefühl der Gemeinsamkeit und der Übereinstimmung und andererseits eine Haltung des füreinander Einstehens beschreiben. Die EU bezeichnet sich selbst als solidarische Gemeinschaft, wobei Solidarität sowohl als Wert (Art. 2, 3) als auch als Aufgabe (Art. 3 EU-Vertrag) betrachtet wird. Immer wieder werden Staaten der EU zur Solidarität aufgerufen. Was dies im konkreten Fall jedoch bedeutet, ist oft unklar.

Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)

Zwischen 2014 und 2020 sollen Projekte in den EU-Staaten, die in den Bereichen Integration und Asyl sowie Rückkehr in die Heimatländer angesiedelt sind, mit insgesamt 3,1 Mrd. EUR gefördert werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Lasten der einzelnen EU-Staaten gemeinschaftlich getragen werden. Der Fonds dient lediglich der Ergänzung.

M7: Lösungsvorschläge

1) Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems bzw. Reform des „Dublin-Systems“

1.1 Verteilung der Flüchtlinge nach Quoten

Flüchtlinge werden innerhalb der EU nach bestimmten Quoten auf die Mitgliedsländer verteilt. Bei der Ermittlung von Aufnahmequoten könnten zum Beispiel Faktoren wie die Wirtschaftskraft (BIP), Bevölkerungszahl, die Fläche eines Mitgliedsstaats, Arbeitslosigkeit oder die Zahl bereits aufgenommener Flüchtlinge berücksichtigt werden. Ein Quotensystem kann sich sowohl auf die Aufnahme von Flüchtlingen selbst wie auch auf die Verteilung von Asylsuchenden oder die Beteiligung der Länder an Relocation- bzw. Resettlement-Programmen beziehen.

Es kann im Rahmen der EU-Rechtsetzung ein verbindliches System eingeführt werden. Die Staaten können sich jedoch auch auf eine freiwillige Regelung verständigen.

Problematisch ist hierbei, dass die Bedürfnisse der Flüchtlinge nur unzureichend berücksichtigt werden können. Das heißt, zu klären wäre auch, wie in der Praxis die Verteilung der Flüchtlinge genau geregelt werden könnte, ohne die Menschen willkürlich „hin- und herzuschieben“.

1.2 Verteilung der Kosten nach Quoten, Schaffung eines gemeinsamen EU-Flüchtlingsfonds

Die Überlegung hierbei ist, die Kosten von Aufnahme, Aufenthalt und Asylverfahren auf die EU-Ebene zu verlagern und auf alle EU-Staaten zu verteilen. Die EU könnte beispielsweise einen gemeinsam finanzierten Flüchtlingsfonds schaffen, in den alle Mitgliedstaaten einzahlen und nach der Anzahl

der tatsächlich aufgenommenen Flüchtlinge Ausgleichszahlungen erhalten.

Die Höhe der Beitragszahlungen könnte wiederum über bestimmte Quoten wie die Wirtschaftskraft der Länder bestimmt werden.

2) Relocation und Resettlement

Eine weitere Möglichkeit stellt die sogenannte Relocation dar. Dabei werden Flüchtlinge, die sich einem EU-Land befinden, auf freiwilliger Basis von anderen EU-Ländern aufgenommen. Dies wäre eine Form von Solidarität zwischen den EU-Staaten.

Bei Resettlement werden Flüchtlinge von Ländern aufgenommen, um ihnen eine dauerhafte Bleibe zu ermöglichen. Diese Maßnahme zielt in erster Linie auf Flüchtlinge und Schutzbedürftige ab, in deren Heimatländern sich die Lage auf absehbare Zeit nicht verbessern wird.

Beide Möglichkeiten beruhen auf Freiwilligkeit. Das heißt, dass die Ländern selbst entscheiden, ob sie sich an solchen Programmen beteiligen wollen. Auch darüber, wie viele Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, können die Staaten selbst entscheiden.

3) Ausbau von Frontex

Die Grenzschutzagentur Frontex könnte von den Mitgliedstaaten mit deutlich mehr finanziellen Mitteln und Kompetenzen ausgestattet werden und ihre Einsätze an den Außengrenzen stark ausweiten. Zu diskutieren ist, ob der Schwerpunkt dabei eher auf der Grenzsicherung (d.h. der Abwehr von „irregulären Migranten“) oder stärker auf humanitärer Hilfe für Flüchtlinge (z.B. Seenotrettung) liegen sollte. In der Diskussion ist auch, dass durch Frontex-Missionen Schlepper- und Schleuserbanden bekämpft werden sollen.

Informationsquellen und Literatur

Abschlussklärung der Außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 23.04.2015
(online unter: www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/04/23-special-euco-statement/)

Angenendt, Steffen, Marcus Engler und Jan Schneider: Europäische Flüchtlingspolitik – Wege zu einer fairen Lastenverteilung
(online unter: www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A65_adt_engler_schneider.pdf)

Angenendt, Steffen, Daniela Katz und Jan Schneider: EU-Flüchtlingspolitik: Legalen Zugang schaffen, Standards vereinheitlichen, Verantwortung teilen
(online unter: www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/eu-fluechtlingspolitik-legalen-zugang-schaffen-standards-vereinheitlichen-verantwortung-teilen.html)

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 47/2013: Europas Grenzen (hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung)
(online unter: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/172384/europas-grenzen)

Deutschland & Europa 60 (2010): Migration in Europa (hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)
(online unter: www.deutschlandundeuropa.de/60_10/migration.htm)

Europas umstrittene Flüchtlingspolitik (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung)
(online unter: www.eurotopics.net/de/home/debatten/links-2013-10-lampedusa/)

EU-Flüchtlingspolitik (hrsg. von Pro Asyl e.V.)
(online unter: www.proasyl.de/de/themen/eu-politik/)

Europäische Grenzschutzagentur: Wie funktioniert Frontex?
(online unter: www.tagesschau.de/ausland/frontexeu100.html)

Grenzen und Sicherheit – Ein offenes Europa aufbauen (hrsg. von der Europäischen Kommission)
(online zugänglich: http://europa.eu/pol/pdf/flip-book/de/border_and_security_de.pdf)

Haase, Marianne und Jan C. Jugel: Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung)
(online unter: www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56551/asyl-fluechtlingspolitik)

Homepage der EU-Grenzschutzagentur Frontex
(online unter: <http://frontex.europa.eu/>)

Homepage der UNHCR-Vertretung für Deutschland und Österreich
(online unter: www.unhcr.de/)

Homepage der UNO-Flüchtlingshilfe
(online unter: www.uno-fluechtlingshilfe.de/)

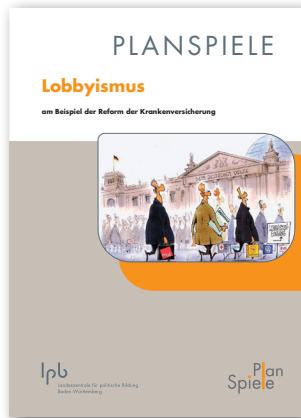
Newsletter Migration und Integration (hrsg. vom Netzwerk Migration in Europa e.V.)
(online unter: www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/)

Reportagen über Flüchtlinge aus Afrika: Der Traum vom Leben in Europa
(online unter: www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge292.html)

Rinne, Ulf und Klaus F. Zimmermann: Zutritt zur Festung Europa? Neue Anforderungen an eine moderne Asyl- und Flüchtlingspolitik
(online unter: <http://ftp.iza.org/sp75.pdf>)

Planspiel Lobbyismus

am Beispiel der Reform der Krankenversicherung



Das Planspiel

- simuliert Debatte und Behandlung einer Gesetzesinitiative zur Reform der Krankenversicherung im Bundestag
- verdeutlicht die Einflussnahme der unterschiedlichen Interessen- und Lobbygruppen auf Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse
- bietet eine ausführliche Einführung in das Thema Lobbyismus
- gibt ausführliche didaktische und methodische Hinweise zum Thema
- ist geeignet für alle weiterführenden Schulen ab der 10. Klasse sowie für die außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen ab 16 Jahren.



Bestellung: 2,- Euro zzgl. Versand, Landeszentrale für politische Bildung, Fax 0711.164099 77, marketing@lpb.bwl.de, www.lpb-bw.de/shop

Baden-Württemberg – eine Zuwanderungsgeschichte

herausgegeben von Mathias Beer



Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 40

Baden-Württemberg hat nicht nur eine Zuwanderungsgeschichte, Baden-Württemberg ist eine Zuwanderungsgeschichte. Der Südwesten Deutschlands ist geprägt von unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen, die die Gesellschaft seit dem Zweiten Weltkrieg fundamental verändert haben.

In dreizehn Aufsätzen behandelt dieses Buch die Situation verschiedener Zuwanderungsgruppen in Baden-Württemberg. Es wirft einen Blick auf Holocaust-Überlebende, Vertriebene, „Gastarbeiter“ aus der Türkei und aus Ex-Jugoslawien. Es geht dabei der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Zuwanderung in den Südweststaat nach und bietet sowohl einen geschichtlichen wie einen soziologischen Zugang.



Bestellung: 6.50 Euro zzgl. Versand, Landeszentrale für politische Bildung, Fax 0711.164099 77, marketing@lpb.bwl.de, www.lpb-bw.de/shop

